

# VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder  
sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

## Arbeitgeber-Schutzverbände des Handwerks.

I.

Ueber dieses Thema hat der Handwerkskammersekretär Dr. Schellen in Münster neulich einen Vortrag gehalten, den die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ als einen wichtigen Beitrag zur Organisationsfrage wörtlich wiedergibt. Der Referent wies einleitend darauf hin, daß die Frage nach der Notwendigkeit von Arbeitgeber-Schutzverbänden anders beantwortet werden müsse von einem Angehörigen der Großindustrie als von einem Angehörigen des Handwerks, und bedauerte, daß die moderne Entwicklung die Verhältnisse des Handwerkerstandes gründlich umgestaltet habe. Die Bezeichnung Meister und Geselle klinge entschieden friedlicher und familiärer, als Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und wenn allenthalben „die goldene Dreieckigkeit Meister, Geselle und Lehrling“ ihrem Wesen nach noch in Geltung sei, so wären keine Schutzverbände nötig. Darum sei es die Hauptaufgabe der Handwerkskammern, „das Vermächtnis unserer Väter“ wieder zu gewinnen und eine Erneuerung des ehrbaren Handwerks durchzuführen.

Nach diesen abgestandenen Nebenarten, die man auf jedem Handwerkerlager hören kann, womit man aber keinen Hund mehr vom Ofen lockt, stimmte der gelehrte Herr Doktor folgende Jeremiade an: „Gleich von Anfang an müssen wir ein schlimmes Geständnis machen, fast möchte man sich sträuben, es anzupprechen, aber leider ist es so, Arbeitgeber und Arbeitnehmer betrachten sich gegenseitig als Feind, stehen sich feindlich gegenüber. Bei der modernen Entwicklung unserer Industrie sind unserer Zeit die Ideale verloren gegangen, die Leidenschaften der Menschen siegten über Religion und Tugend, es gelangte der Materialismus zur Herrschaft. Zu verführerlich war es, als bei Beginn des wirtschaftlichen Aufschwunges, insbesondere nach dem Kriege von 1870, ungeschätzte Schätze den Geldmarkt überschwemmten. Wer etwas Unternehmungsgeist und Kenntniss besaß, hatte alle Aussicht, in kurzer Zeit ein reicher Mann zu werden, und das wirkte verderblich, wie die Not beten lehrt, so hilft der Ueberfluß dazu, den Eigendünkel groß zu ziehen. An Stelle des Bewußtseins der Abhängigkeit von Gott tritt zu leicht Eigendünkel und Uebermut, derjenige, dem das Glück hold ist, schreibt sich gar zu leicht das Verdienst an dem Erfolge zu. Und so müssen wir von der Zeit, die uns große wirtschaftliche Erfolge und einen materiellen Aufschwung brachte, sagen, sie war trotzdem ein Unglück für unser deutsches Volk. In dieser Zeit wurde der Keim gelegt zu den unglücklichen Zeiten, die wir heute beklagen. Wie ein kleiner Stein, welcher sich löst, die Ursache zu einer furchtbaren Lawine sein kann, so hat sich manche damals begangene Rücksichtslosigkeit zu einer großen Gefahr für die Gesellschaft herausgebildet. An die Spitze religionslos gemachter Massen von Arbeitern stellten sich ehrgeizige und berechnende Agitatoren, welche eine für die menschliche Gesellschaft sehr verderbliche Tätigkeit entfalten konnten und hierdurch sehen wir uns heute Zuständen gegenübergestellt, die die ganze gesellschaftliche Ordnung über den Haufen zu werfen drohen.“

Daß die Gottlosigkeit und Religionslosigkeit die schlechten sozialen Zustände der Gegenwart verschuldet hätten, kann man höchstens noch Leuten erzählen, die in frommen Münsterlande leben und von der großen Welt keine Ahnung haben. Andere Leute wissen, daß die Menschheit erst von der Zeit an Fortschritte auf sozialem Gebiet gemacht hat, als sie nicht mehr auf die Hilfe von oben hoffte, sondern sich auf die eigene Kraft stützte. Und was die Entwicklung der Arbeiterklasse anbelangt, so ist es allbekannt, daß die Arbeiter so lange im Elend verharrten, wie sie ihre Hoffnung auf die Religion und deren Vertreter setzten; erst als sie ungläubig wurden und sich zu Kämpfern entwickelten, ging es vorwärts mit ihnen. Man gehe nur einmal in die frommen Gegenden, wo die Pastoren noch allmächtig sind und ihre gläubigen Schäflein leithammen,

und man kann dort deutlich sehen, wie weit die Arbeiter noch in geistiger und materieller Beziehung zurück sind. Niedrige Löhne und lange Arbeitszeit, schlechte Arbeitsbedingungen überhaupt sind dort an der Tagesordnung, wo die Religion noch die Herrschaft über die Geister hat.

Der Redner aus der frommen Stadt Münster weiß das auch ganz gut, meint aber, daß Zufriedenheit und Bescheidenheit besser sei und glücklicher mache, als das Streben nach irdischen Genüssen. Allerdings gilt dies nur für die Arbeiter, wie aus folgenden Sätzen hervorgeht: „Zweifellos ist in unserem Vaterlande auf sozialpolitischem Gebiete eine fruchtbare Tätigkeit entfaltet worden, wie in keinem anderen Lande, so daß mit Recht gesagt werden kann, daß Deutschland auf diesem Gebiete an der Spitze sämtlicher Staaten marschirt. Und doch sind wir weit davon entfernt, auch nur den Anfang einer Zufriedenheit vorzeichnen zu können, im Gegenteil, die großartigen Schöpfungen auf diesem Gebiete, die Anwendung unzähliger Millionen werden nur als eine durchaus unzulängliche Abschlagszahlung bezeichnet, und was das schlimmste ist, man ist nur zu geneigt, das große Entgegenkommen der Behörden und Parteien als Schwäche anzulegen, als Angstprodukt vor der Masse der Arbeiter. Was Wunder, wenn bei einer solchen Stimmung keine Zufriedenheit, sondern immer größere Begehrllichkeit zu bemerken ist, und tatsächlich sind denn auch die Wunschzettel nicht nur stetig vergrößert worden, wenn sie werden überhaupt nicht abgeschlossen, und wenn wir erst dahin kommen, sie ganz befriedigt zu haben, so stehen wir mitten im Zukunftsstaat drin.“

Wohl gemerkt, diese Begehrllichkeit finden wir nur bei den Arbeitern, denn bekanntlich sind die frommen, gottesfürchtigen Arbeiter mit tiefer Verehrung dem Handwerkerstande verbunden und haben die höchsten und höchsten Verdienste und gönnen den Arbeitern alles Gute. Man braucht diese paar Sätze nur zu lesen, um zu erkennen, wie verkehrt die Auffassung des Redners ist. Er hat noch nicht gelernt, daß die Unzufriedenheit und das Streben nach besseren Verhältnissen tief in jedes Menschen Brust steckt und daß jede Gesellschaftsklasse nach höheren Existenzbedingungen strebt. Aber man liebt es heutzutage, immer nur von der Begehrllichkeit der Arbeiter zu sprechen und ihnen eine Unerfüllbarkeit anzudichten, die keine Grenzen habe. Andererseits jammert man über die Lasten, die infolge der sozialpolitischen Maßnahmen den Unternehmern aufgebürdet werden. Diese beliebte Methode wendet auch Dr. Schellen an, wenn er seinen Zuhörern folgendes erzählt: „Ganz besonders muß aber auch auf eine, man kann getrost sagen, moderne Gefahr hingewiesen werden: man ist nur zu sehr geneigt, aus einem Extrem in das andere zu fallen, man kennt keinen Mittelweg mehr. Waren früher die Arbeiter in wirtschaftlicher Beziehung schlecht gestellt, so darf man heute sagen, daß die kleinen Unternehmer in wirtschaftlicher Hinsicht schlechter gestellt sind als die Arbeiter. Sollen nun alle diese Existenzen durch fortgesetzte steigende Belastung ruiniert werden, von der Bildfläche verschwinden? Das Experiment müßte als sehr bedenklich bezeichnet werden; es liegt durchaus nicht im Interesse der menschlichen Gesellschaft, die Zahl der Proletarier noch um Millionen zu vermehren durch ruinierte Existenzen, im Gegenteil wird ein existenzfähiger Mittelstand unzweifelhaft zum Segen der Gesellschaft gereichen, indem er eine ausreichende vermittelnde Tätigkeit zu entfalten geeignet ist.“

Ueber die angeblich so segensreiche Rolle des Mittelstandes in der heutigen Gesellschaft kann man mit Recht verschiedener Meinung sein. Ausbreitung bedeutet er in vielen Fällen eine unnütze Kräftevergeudung und Kräftezersplitterung und bildet somit einen Hemmschuh der wirtschaftlichen Entwicklung. Andererseits mag man es bedauern, daß so zahlreiche ruinierte Existenzen vorhanden sind. Falsch ist es aber, zu behaupten, sie seien durch die sozialen Lasten ruiniert worden, während sie doch lediglich Opfer des großindustriellen Kapitalismus sind, der sie zu

Tode konkurriert; falsch ist es auch, daß die organisierten Arbeiter darauf ausgingen, den Mittelstand zu ruinieren. Es ist eben nicht wahr, was Dr. Schellen behauptet: „Die Arbeiter wünschen, daß die kleinen Unternehmer, die Handwerksmeister, oder nach dem Sprachgebrauch die Kräuter, möglichst schnell von der Bildfläche verschwinden, das haben nicht nur die Führer wiederholt in unzweifelhafter Weise proklamiert, es ist auch heute die Tendenz der Arbeiterbewegung überhaupt; wer die Forderungen nicht erfüllen kann, der muß eben aufhören, der hat keine Existenzberechtigung, dem bleibt immer noch die Möglichkeit, Arbeiter zu werden. Das ist erschreckend klar und deutlich, und es ist durchaus nötig, daß die Standesgenossen diese Wahrheit ungeschönt und unerblickt erfahren, damit sie endlich aus vererblicher Gleichgültigkeit aufgerüttelt werden; nötig ist es aber auch, wie gesagt, sich darüber klar zu machen, wenn wir uns Rechenschaft geben wollen, ob Arbeitgeber-Schutzverbände zu empfehlen sind.“

Es ist nicht die Tendenz der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, das Handwerk zu ruinieren, sondern es ist lediglich ihre Absicht, den Gehilfen und Arbeitern anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Bei diesem Streben kann eine Gewerkschaft allerdings keine Rücksicht darauf nehmen, daß vertriebene Meister erklären, sie wären nicht umstände, die Forderungen der Gewerkschaft zu erfüllen. Und da gilt denn allerdings der Grundsatz, daß derjenige, der seine Mitarbeiter nicht anständig entlohnen kann, keine Existenzberechtigung im wirtschaftlichen Leben mehr hat. Niemand — und am wenigsten ein frommer Christ! — hat das Recht, sich seine Existenz auf dem Elend seiner Mitmenschen aufzubauen; kann er nur auf Kosten seiner schlecht entlohnenden Gehilfen existieren, so mag er einfach zum Teufel gehen. Außerdem zeigen uns die vielen „Submissionsblüten“ deutlich, was denn eigentlich den Handwerkerstand ruiniert.

Nach berühmten Münster jammert unser Handwerksretter über die erschreckliche Rücksichtslosigkeit der organisierten Arbeiter. „Das eben ist die Gefahr unserer Arbeiterbewegung“, so erzählt er, „daß man verlernt hat, auf andere Rücksicht zu nehmen. Als alleiniger Maßstab werden die Ansprüche der Arbeiter bezeichnet, und zwar durch Irreführung, durch gesteigerte Ansprüche; mit einer mäßigen Arbeitszeit ist man nicht zufrieden, man will eine kurze Arbeitszeit; mit einem auskömmlichen Verdienst begnügt man sich nicht, man verlangt einen hohen Verdienst, so daß man während der freien Zeit das Leben genießen kann; dieses alles fordern die Führer mit der unschuldigsten Miene von der Welt als etwas, worauf die Arbeiter einen verbrieften Anspruch haben, sie tun so, als wenn sie es gar nicht nötig hätten, erst einmal zu prüfen, ob auch die allgemeinen Verhältnisse es zulassen; wer die Forderungen nicht erfüllt, ist ein Arbeiterfeind.“

## Vierte deutsche Arbeitsnachweiskonferenz.

Die aus allen Teilen Deutschlands sehr zahlreich besuchte Konferenz, zu der auch verschiedene Bundesregierungen und das österreichische Handelsministerium Vertreter entsandt hatten, fand vom 9. bis 11. November d. J. in Wiesbaden statt. Der Verhandlungsvorsitzende Dr. Freund-Berlin betonte in seiner Eröffnungsrede die sozialpolitische Bedeutung des Arbeitsnachweises, die starke Entwicklung der allgemeinen paritätischen Arbeitsnachweise in Deutschland und das Emporblühen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, welchem zurzeit 150 der bedeutendsten Arbeitsnachweise angehören. Er hält den Widerstand mancher Arbeitgeberkreise gegen die paritätische Organisation für unbegründet, da diese Organisation in hohem Maße dem sozialen Frieden diene und geeignet ist, schwere gemerliche Kämpfe zu verhüten. Redner spricht schließlich seine Ueberzeugung dahin aus, daß im Interesse einer beschleunigten und vollständigen Organisation des deutschen Arbeitsmarktes ein Eingreifen der Gesetzgebung erforderlich sei. Ganz Deutschland müsse mit einem Netz von paritätischen Arbeitsnachweisen umponnen sein.

Auf der Tagesordnung standen vier Punkte. Zum ersten Punkt: Arbeitsnachweis-Verbände und interlokale Vermittlung, sprach Beigeordneter Dominicus-Strasbourg. Er betonte, daß der Arbeitsnachweis sich nicht um politische Grenzen kümmern könne, sondern sich nach wirtschaftlichen Interessengebieten richten müsse. Daher sei eine Zusammenfassung geboten. Dies

müsse ein Reichsgesetz nachhelfen. Ohne eine einheitliche Organisation der deutschen Arbeitsnachweise werde auch die seit langem angestrebte Arbeitslosenversicherung eine Utopie bleiben. Medner stellte die Forderung: in jeder Gemeinde mit über 5000 Einwohnern sei ein paritätischer Arbeitsnachweis mit kostenloser Vermittlung zu errichten. Die einzelnen Nachweise werden nach Anweisung des Reichsarbeitsamtes zu Arbeitsnachweis-Verbänden zusammengefaßt, die gemeinsame Verzeichnisse aufstellen. Die Kosten dieser interlokalen Vermittlung trägt der Staat oder der weitere Kommunalverband. Die Aufsicht über die einzelnen Nachweise wie über die Arbeitsnachweis-Verbände steht einer Reichsbehörde (eventuell dem Reichsarbeitsamt) zu.

In diese Vorschläge schloß sich eine lange Diskussion. Dr. Freund meinte, das Reich werde sich der Regelung des deutschen Arbeitsmarktes nicht entziehen können. Und den Arbeitsnachweis haben sich die schwersten wirtschaftlichen Kämpfe abgespielt. Es sei an den großen Berliner Bierkonflikt erinnert, welche Opfer an Geld und welche wirtschaftlichen Verwüstungen habe dieser Kampf erfordert, und geendet habe er mit der Errichtung eines Arbeitsnachweises. Dann sei an die jahrelangen schweren Kämpfe in der Berliner Holzindustrie erinnert. Jetzt sei endlich ein großer paritätischer Arbeitsnachweis für die Holzindustrie eingerichtet und es sei der Friede hergestellt. Aber welche wirtschaftlichen Opfer habe das gekostet! Darum müsse die Frage aufgeworfen werden: Warum diese schweren wirtschaftlichen Opfer und Kämpfe, wenn wir in der Lage sind, durch einen Akt der Gesetzgebung diesem Zustand ein Ende zu bereiten? Der Staat organisiere doch auch den Markt an Effekten und Produkten. Der Markt der menschlichen Arbeit sei mindestens ebenso wichtig, und der Staat solle an dieser Organisation das gleiche Interesse bezeugen.

Rechtsrat Dr. Menzinger in München bespricht die Erfolge der Münchener und bayerischen Arbeitsnachweisorganisation nach der Richtung der Vermittlung nach auswärtig, worin der Hauptwert der Zusammenfassung der Kraft liege. Von dem in München in zehn Jahren vermittelten 406 000 Stellen waren über 61 000 auswärtig, von dem vom bayerischen Verband 1904 vermittelten 105 116 Stellen 20 827 nach auswärtig. Diese Zahlen zeigen, daß sie in Bayern nicht auf ein Gesetz zu warten brauchen, aber gut wäre es doch, wenn hier nachgeholfen würde, weil, wie schon betont sei, in der Freizügigkeit und wirtschaftlichen Expansion die kommunalpolitischen und staatlichen Grenzen keine nennenswerte Rolle für die Frage des Arbeitsnachweises spielen. Gemeinden und Staat haben an der Organisation des Arbeitsmarktes, der einzigen Ware, die der Arbeiter zu verkaufen habe, das größte Interesse.

Mehrere Medner sprachen gegen gesetzliche Maßnahmen, andere wieder warnen vor einer Schablonisierung. Antragsteller Dominicus-Strasbourg i. E. erklärte im Schlußwort, daß er sich nach dem Widerspruch, auf den seine Vorschläge gestoßen seien, vorläufig schon damit zufrieden geben wolle, daß die Notwendigkeit einer weiteren Ausgestaltung der Arbeitsnachweisorganisation, zunächst durch freiwillige Tätigkeit der Provinzial- und Landesverbände, allseitig anerkannt worden sei. Der Vorsitzende Dr. Freund richtet im Anschluß hieran an den Vertreter des Handelsministeriums die Bitte, bei seinem Chef anzugehen, den Arbeitsnachweisen aus dem dem Minister zur Verfügung stehenden Fonds eine Unterstützung, wie in Bayern und anderen Staaten, zur Bestreitung der Telegraphengebühren zu überweisen.

Sodann sprach Professor Dr. Jastrow-Charlottenburg über: Die Merkmale im Dienste der allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweise. Vortragender hat keine Bedenken, die Merkmale genau so

wie es von der Geschäftswelt gefordert, in dem Dienste der Arbeitsnachweise zu stellen, nur müsse sich die behördliche Merkmale fernhalten von unklarer und ästhetisch abstoßenden Formen. Medner hat an den Händen des Saales eine Reihe von Arbeitsnachweisplakaten angeschlagen.

Mit dem Thema: Die Reformbedürftigkeit des gewerksmäßigen Arbeitsnachweises, beschäftigte man sich am zweiten Verhandlungstage. Das Referat hatte Dr. Ludwig-Büchel übernommen. Der Referent vertrat folgende Forderungen:

1. Die seitberige deutsche Gewerbegesetzgebung, insbesondere die Gewerbenovelle vom 30. Juni 1900 mit den partikularrechtlichen Ausführungsverordnungen, hat die Missstände nicht zu beseitigen vermocht. Namentlich dort, wo der gewerksmäßige Arbeitsnachweis den Arbeitsmarkt ganz oder teilweise beherrscht, haben sich die gewerbepolitischen Bestimmungen als unzulänglich erwiesen.

2. Da der gewerksmäßige Arbeitsnachweis überwiegend überflüssig ist, unaustrittbare Schäden zeitigt und sich als ein besonders geeigneter Nährboden für Schwindler-erfahrungen darstellt, ist seine gänzliche Ausschaltung und sein vollständiger Ersatz durch öffentliche, von gemeinnützigen Geschäftspunkten geleitete Arbeitsnachweise prinzipiell anzustreben.

3. Ein weiteres Eingreifen der Reichsgesetzgebung zu Gunsten sowohl der Interessenten wie der Fortentwicklung der öffentlichen Arbeitsnachweise ist unumgänglich notwendig.

4. Als Vorschläge zur Reform sind in Betracht zu ziehen entweder das reichsgesetzliche Verbot jeder gewerksmäßigen Stellenvermittlung bei gleichzeitiger Entschädigung der Vermittler, ungefähr nach dem Vorbild des französischen Gesetzes vom 14. März 1904, oder zunächst eine Veränderung des § 34 der Reichsgewerbeordnung, dahingehend, daß die Konfessionierung der Gesimbevermittler und Stellenvermittler von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig gemacht wird und daß letzteres unbedingt überall dort zu verneinen ist, wo für den Ort oder Bezirk bereits öffentliche, von gemeinnützigen Geschäftspunkten geleitete Arbeitsnachweise bestehen. Welcher dieser beiden Wege, die auf dasselbe Endziel — die Ausschaltung des gewerksmäßigen Arbeitsnachweises — hinausgehen, demnachst einzuschlagen ist, erscheint mehr eine faktische als eine prinzipielle Frage.

5. Vereins- und Innungsarbeitsnachweise sind einer behördlichen Aufsicht nach der Richtung hin zu unterstellen, daß sie gewissen Mindestforderungen zu entsprechen haben (z. B. Verbot der Stellenvermittlung in Gast- und Schankwirtschaften bezw. in Häusern, in denen Gast- oder Schankwirtschaftsgewerbe betrieben wird), damit nicht die Absichten der Gesetzgeber hinsichtlich der Kontrollierung des gewerksmäßigen Arbeitsnachweises auf dem Umwege über Vereinsarbeitsnachweise umgangen werden können.

Als Vertreter der Arbeitnehmer sprach dann Hugo Pöschel-Berlin vom Verband deutscher Gastwirtsgewerkschaften. Im Gastwirtsgewerbe hätten die Schäden der gewerblichen Stellenvermittlung die höchste Potenz erreicht. In Breslau hätten die Stellenvermittler für das Gastwirtsgewerbe 51 800 M. eingenommen. Bei der Berliner Gewerbeausstellung 1896 wurden an Stellenvermittler im Gastwirtsgewerbe über 22 000 M. Gebühren gezahlt. Diese Zahlen zeigen, daß man nicht zu hoch einschätze, wenn man die Summe der allein im deutschen Gastwirtsgewerbe bezahlten Stellenvermittlungsgewühren auf einige Millionen beziffere, das sei eine enorme Vermittlung von Volksvermögen. Der Medner führte eine ganze Reihe von traurigen Beispielen an, wie die Stellenvermittler von den Vermittlern ausgebeutet wurden. Auch Lohnrückerstattung und Skautionschwindereien werden durch das gewerksmäßige

Vermittlungswesen geübt. Die Angestellten seien vielfach wie in einer Schaverei festgeschraubt, aus der sie nicht herauskämen, weil ihrer Boykott und schwere Listen barren. Hier müsse Wandel geschaffen werden. Medner stellt in Ergänzung der Ausführungen des ersten Referenten nach folgende Forderungen auf:

1. Solange Vermittlungsgewühren noch erhoben werden dürfen, sind sie ausschließlich von dem Arbeitgeber zu tragen und dürfen in keinerlei Form oder Vorwand auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden.

2. In Gast- und Schankwirtschaften, in Zigarren-, Weinhandlungen usw. dürfen Vermittlungsgeschäfte nicht vollzogen werden.

3. Einzelpersonen ist jede Vermittlungstätigkeit, auch wenn sie kostenlos ausgeübt wird, zu unterlagen.

4. Korporationen, Berufsvereine, Innungen usw. haben die Kosten für die von ihnen betriebenen Arbeitsnachweise aus ihren allgemeinen Fonds zu decken, d. h. sie dürfen die Kosten nicht dem in Arbeit oder Stellung gebrachten Arbeitnehmer nach dem einzelnen zustande gekommenen Vermittlungen auferlegen. Auch diese Arbeitsnachweise dürfen weder direkt noch indirekt mit einer Gastwirtschaft usw. in Verbindung stehen.

5. In denjenigen Gewerben eines Ortes, für die ein paritätischer Arbeitsnachweis zustande kommt oder für welche der städtische Arbeitsnachweis unter Zustimmung der Mehrheit der Beteiligten besondere Fachabteilungen eingerichtet hat, müssen auch alle Arbeitsnachweise von Korporationen (Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vereine, gemeinnützige Vereine) ihre Tätigkeit einstellen.

Es sprachen noch eine ganze Reihe von Mednern zu dem Punkt. Dr. Ludwig gab in seinem Schlußwort der Hoffnung Ausdruck, daß diese Verhandlungen bei den maßgebenden Behörden nicht ungehört verhallen möchten.

Zum Schluß sprach Rat Raumann-Hamburg über die Arbeitsvermittlung für ländliche Arbeiter. Medner bespricht die große Zahl der zuwandernden polnischen Arbeiter. Die höheren Schutzölle werden der Landwirtschaft die Möglichkeit geben, höhere Löhne zu zahlen und damit die fremden Arbeitskräfte entbehren zu können. Damit werde vom Osten die drohende nationale Gefahr abgewendet werden. Landesversicherungsrat Hansen-Kiel hält ein Zusammenarbeiten der städtischen Arbeitsnachweise mit der Landwirtschaft nötig, damit Arbeitslose nach Möglichkeit der Landwirtschaft wieder zugeführt werden können. Generalsekretär Dr. v. Stöckert-Stettin von der pommerischen Landwirtschaftskammer kann nicht so optimistisch wie Dr. Raumann die Landarbeitersfrage betrachten. Er wisse nicht, wie für die etwa 300 000 russisch-polnischen Arbeiter, solange ein Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Industrie bestehe, Ersatz geschaffen werden könne. Weingeordnet Dr. Dominicus-Strasbourg berichtet über ein Zusammenarbeiten der städtischen Arbeitsnachweise mit der Landwirtschaft in Groß-Lothringen. Die Versuche hätten sich bewährt. Mit einem kurzen Schlußwort wurde darauf die Konferenz von Dr. Freund geschlossen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

## Lohnbewegung.

— Schleswig. Nach langem Sträuben hat der Malermeister G. Hamann, Langestraße, sich endlich bequemt, den bereits seit einem halben Jahre hier bestehenden Lohnsturz mit zu unterschreiben. Die über seine Wertfelle verhängte Sperre wird daher hiermit auf aufgehoben. Sein Kollege Wilhelmson benutzte die über seine Wude verhängte Sperre dazu, bei der Kundschaft auf die verdamnten Sozialdemokraten zu schimpfen. Nur diese seien

## Wie tief wir in den Himmel sehen.

Für die Wahrnehmung der räumlichen Dimensionen gibt es eigentlich gar keine Grenzen, denn es hängt alles von der Stärke des Lichtes ab, das aus die Gegenstände zufließen. Wenn auch von der Gestalt ein Teil der Lichtstrahlen ein beliebig weit entferntes Objekt zu erkennen und zu unterscheiden ist, kann er doch nie immer bei genügend hoher Lichtstärke zur Wahrnehmung gelangen. Es kommt nur darauf an, daß die von ihm dem Auge zugehende Lichtmenge, die auch bei verschwindend kleiner Bildgröße des leuchtenden Körpers auf der Bildfläche des Auges schon infolge der kleinen Unvollkommenheiten dieses Organs einen nicht verschwindend kleinen Raum erfüllen wird, die Intensität (Stärke) der Erleuchtung oder der anderweitigen beständig vorhandenen Reizung der Augenflächen hinreichend überträgt, um noch eine einzelne selbständige, wenn auch völlig gestaltlose und nur die Gestalt der Definition des Auges nachahmende Wahrnehmung im Bewußtsein anzuregen.

Ein gutes Beispiel hierfür bieten die im Jahre 1877 entdeckten Marsmonde. Der innere von ihnen, Phobos, hat einen Durchmesser von 9 1/2 km, der äußere, Deimos, nur einen solchen von 8 km. Mit denselben Hilfsmitteln, mit denen sie entdeckt wurden, kann man aber auf dem Mars nur Gebilde mit Sicherheit unterscheiden, die doppelte Dimensionen haben, also etwa 18 km. Heberdies ist sicher, daß die Marsmonde auch noch mit geringeren Hilfsmitteln der Vergrößerung trotz ihrer Kleinheit sichtbar bleiben, und daß ihre Sichtbarkeit für uns durch die Nähe der starken Lichtwirkungen des Mars wesentlich erschwert wird.

Es mag eigenartig erscheinen, die Durchmesser der Monde anzugeben, wenn sie im Fernrohr als kaum wahrnehmbare Lichtpunkte ohne direkt meßbaren Durchmesser erscheinen. Die Durchmesserbestimmung geschieht mittelst der Photographie und durch Vergleichung der von ihnen angeführten Lichtmengen. Wir werden darauf gelegentlich später einmal zurückkommen.

Auf ganz ähnliche Weise hat man auch durch bloße Lichtmessungen die Dimensionen der kleinen Planeten, die sich zwischen der Mars- und Jupiterbahn bewegen, näherungsweise ermittelt, obgleich auch sie meistens unterhalb der Grenzen des mit unseren stärksten Mitteln der Gestalt noch Erkennbaren und Meßbaren fallen. Mehrere dieser Planeten kommen nämlich in Entfernungen von der Erde, die das drei- bis vierfache unserer Entfernung von der Sonne betragen, so daß sie mit denjenigen Fernrohren, mit denen sie als gestaltlose Lichtpunkte entdeckt worden sind, nämlich bei 20fachen Vergrößerungen, nur dann als Gegenstände bestimmter Gestalt und Eigenart wahrgenommen werden können, wenn ihre Durchmesser etwa 800 km übersteigen. Die Messung der Mengen des von ihnen reflektierten (zurückgestrahlten) Sonnenlichtes erweist aber, daß viele von ihnen, besonders die neuerdings photographisch entdeckten, nur Durchmesser von wenigen Kilometern haben.

Im Himmelsraum, außerhalb unseres Planetensystems, in dem der uns nächste Fixstern, wie uns scheint, mindes-

tens 200 000mal weiter entfernt ist als die Erde von der Sonne, müssen wir selbst mit unseren stärksten gegenwärtigen Meßungsmitteln, wie man aus den mitgeteilten Zahlen leicht entnehmen kann, verzichten, von den Gestalten und Dimensionen einzelner Körper, reichlicher denn von den Gestalten der Welt, zu sprechen. Und doch ist es gerade diese Entfernung, die uns die Möglichkeit gibt, die Dimensionen der Sonne weit, weit hinter sich lassen. Die Wahrnehmung und Messung beschränkt sich in diesen Fällen zurzeit auf die verschiedenen Richtintensitäten, mit denen diese gestaltlosen Punkte oder Systeme von solchen leuchten, sowie auf die Ortsveränderungen, die diese Ausstrahlungspunkte erfahren und auf die Zusammenziehung ihrer Lichtstrahlen, wogegen dasjenige, was das Licht ausstrahlt, zunächst gestaltlos für uns ist. Sterne hat man diese gestaltlosen Lichtpunkte deshalb genannt, weil ihre Bilder beim Mangel eigener deutlicher Gestalt auf die Kugelhaut die runde und fröhliche Struktur (Bau) der Lichtbrechenden Flächen des Auges nachahmen.

In den ungeheuren, unvorstellbaren Entfernungen, aus denen uns zahllose glänzende Punkte ihre bloßen Lichtbotchaften senden, kann man nur unter sehr gewagten Voraussetzungen über die Beschaffenheit und die Intensität dieser Lichtprozesse im Vergleich zu denen unserer Sonne ungefähre Schätzungen auf das Verhältnis der Dimensionen dieser leuchtenden Körper zu der Größe unserer Sonne machen. Um so wunderbarer wirkt es, wenn in diesen fernen Regionen die feinere Analyse (Untersuchung) durch Zerlegung des Lichtes in seine Bestandteile) der Lichterleuchtungen und die genauere Messung der Richtintensitäten uns Vorgänge entpflückt, die uns tiefe Blicke in die Gestaltungs- und Entwicklungsprozesse auch dieser Körper tun lassen, wenn uns z. B. die Veränderlichkeit der Dauer des Zeitraumes, innerhalb dessen das Licht gewisser Fixsterne regelmäßige Schwankungen erfährt, Andeutungen davon gibt, daß diese Körper sich in bestimmter Weise drehen und innerhalb engerer Systeme bewegen, ohne daß diese Bewegungen sonst für uns irgendwie erkennbar wären.

Erst wenn es sich um die Zusammenziehung von mehreren Sternen zu größeren Systemen von eigenartigen Gebilden handelt, wie in den Systemen von Doppelsternen und vielfachen Sternen, treten die Fragen nach den Ausdehnungen dieser Systeme und die früher erörterten Grenzbestimmungen über solche Abstände, die zur sicheren Unterscheidung benachbarter Punkte, z. B. zum getrennten Sehen der beiden Sterne eines Doppelsystems erforderlich sind, wieder in ihre Rechte, und in Verbindung mit anderweitigen Messungen gehen daraus wenigstens näherungsweise Bestimmungen über die Struktur solcher Systeme hervor, die für uns nur aus gestaltlosen leuchtenden Atomen (kleinsten Teilchen), die aber selbst große Welten sind, zu bestehen scheinen.

Diese Sternsysteme, welche man bei größerer Anzahl der einzelnen Glieder Sternhaufen nennt, führen uns hin-

über zu denjenigen, wie es scheint noch in den uranfänglichsten Entwicklungsstufen begriffenen Gebilden, die als sog. Nebel oder Nebelwolke in den verschiedenartigsten Gestaltungen und Gestaltungsprozessen die fernsten Himmelsräume erfüllen. Man kann diese Gebilde nach der Spektralanalyse in zwei Klassen einteilen, die als sog. glühenden Gasen und als sog. glühenden Gasen bezeichnet werden, bei denen die gasförmige Substanz aus Atomen angeordnet ist, zeigen ziemlich wohlbegrenzte kreisförmige Kurven, andere erscheinen als weit ausgebreitete chaotische Wolkenmassen milchweißen Glanzes, einzelne endlich lassen schon deutlicher regelmäßige innere Strukturverhältnisse erkennen, z. B. die von Spiralen oder Ringen. Diese Gebilde deuten in Verbindung mit ihren enormen Entfernungen von uns auf das Vorhandensein von drehenden und schleudernden Kräften von einer unbegreiflichen Gewaltigkeit, für deren Deutung wir noch gar keinen Anhalt in den uns bekannten Kräften besitzen. Und diese kolossalen Gestaltungsprozesse mit ihren Schleuderkräften bieten auch vielleicht die Erklärung für die bereits in mehreren Fällen beobachteten ungeheuren Geschwindigkeiten, mit denen einzelne sternartige leuchtende Punkte wie Wurfgeschosse den Sternerraum durchfliegen. Diese Geschwindigkeiten übersteigen alle in unserem Sonnenhimmel Bekannten. Wenn man die erwähnten wahrscheinlich aus glühenden Gasen bestehenden Nebelgebilde und ihre chaotischen Wolkenmassen oder spiralförmigen Formen näher betrachtet, so steigt dem Laien die Frage auf, wie man es sich zu denken habe, daß in diesen offenbar in gewaltigster Bewegung begriffenen Gasmassen nicht in kürzerer Zeit schon starke Veränderungen der Gestalt erkennbar seien. In der Tat hat man beim Anblick dieser Nebel den Eindruck, als ob eine in stärkster Bewegung begriffene Masse plötzlich erstarre sei. Erwägt man aber die großen Entfernungen dieser Systeme von uns, so wird einem klar, daß selbst die größten Geschwindigkeiten der innerhalb derselben stattfindenden Bewegungen die Umrisse der einzelnen Teile und die Verteilung der Richtintensitäten innerhalb derselben erst in Jahrzehnten oder Jahrhunderten demartig verändern könnten, daß jene Bewegungen für feinere Messungen erkennbar werden. Was sich dort in Tagen oder Jahren in Ortsveränderungen der einzelnen Teile umgestaltet hat, kann auch mit Hilfe der feinsten Messungen meistens noch nicht bemerkt werden, ja selbst plötzliche Veränderungen der Intensität des Leuchtens größerer Flächenstücke müßten doch auch zu ihrer Verbreitung innerhalb dieser Massen lange Zeiträume erfordern, die ihre sofortige und unmittelbare Wahrnehmbarkeit ausschließen.

Von größter Bedeutung wird es aber im Laufe der Zeiten werden, gerade bei diesen Gebilden die eintretenden Veränderungen zu verfolgen und hierfür wird die ungefähre und möglichst vollständige Ausführung der genauen Ausmessung und bildlichen Darstellung jener Erscheinungen die unerläßliche Grundlage bilden müssen.

In neuester Zeit gewährt die Photographie trotz der verhältnismäßigen Schwäche des Lichts jener glühenden Gase hierbei eine erfolgreiche Mitwirkung. F. L.

an der Sperre schuld und deswegen könne er keine Gehilfen bekommen. Das Geschimpfe sollte natürlich nur dazu dienen, die Kundhaftigkeit zu bewegen, mit der Arbeit hinzuhalten. Einen Erfolg hiermit wird er wohl kaum gehabt haben, denn jedermann weiß, daß bei gesperrten Firmen heutzutage etwas nicht in Ordnung ist, so daß der Sperre selber Schuld hat. Die Sperre über die Werkstelle Wilhelmisen bleibt als einzige am Orte noch bestehen.

— **Sonderburg.** Die Differenz mit der Werkstelle Nägele ist geschlichtet.

## Aus unserem Berufe.

— **Ein Eldorado für Maler- und Anstreichergehilfen** scheint die Werkstelle des Herrn Prinz-Heiligenhaus (Mheinland) zu sein. Wenigstens lassen die Mitteilungen einiger Kollegen, welche vom März bis Anfang November dort schafften, mit Bestimmtheit darauf schließen. Belagte Kollegen behaupten, daß den Sommer über sie betreffs der Behandlung und des Lohnes (15-16 M bei freier Station) keine Ursache zur Klage gehabt hätten. Jetzt jedoch, bei Eintritt des Winters, hat sich das Blatt gewendet. Erstens Lohnabzug von 6-7 M pro Woche. Selbstverständlich waren unsere Kollegen mannehr der Ansicht, daß ein verminderter Lohn auch mit der jetzt verlangten Arbeitsleistung sich ausgleichen müsse. Nicht aber Herr Prinz. Hatten die Kollegen im Sommer um 7 Uhr mit der Arbeit begonnen, so wurden sie jetzt schon um 6 Uhr aus den Federn geholt, um sich gegen 1/8 Uhr auf der Wiese mit Fertigstellung der für den Tag benötigten Materialien zu amüßigen. Natürlich hatten unsere Kollegen für derartige „Praktiken zur Hebung des Handwerks“ kein Verständnis und den nächsten Samstag kam das „dicke Ende“ in Gestalt der Fremdzettel nach. Wie wir hören, scheint Herr Prinz in bezug auf die Ausbeutung der Kollage seiner Gehilfen ein wahres Genie zu sein. So waren im vorigen Winter 2 Kollegen dort, von denen der eine pro Woche den horrenden Lohn von 1.50 M bekam, der andere dagegen nur für Kost und Logis arbeiten brauchte. Vielleicht gedenkt Herr Prinz in diesem Winter noch Leute zu bekommen, die gleich das nötige Kleingeld mitbringen werden? Wirklich, ein idyllisches Arbeitsverhältnis! Nur schade, daß die durch den Ausbau unserer Organisation in immer größerer Maße nun sich greifende Aufklärung unter unseren Berufscollegen, mit der Zeit bewirkt, daß obigem und anderen ähnlich praktizierenden Meistern gründlich in die Suppe gespuht wird. Man kann an diesem Beispiel auch so recht erkennen, was es für eine Verwandnis mit der Winterarbeit hat, die einen von so vielen Krautern in der Hochkonjunktur versprochen wird. Wo sind da die Heher und Aufwieglere? Die Kollegen in den größeren Städten Rheinlands und Westfalens tun gut, oben angeführten Herrn in besonderem Andenken zu behalten, denn im Frühjahr holt derselbe sich seine Leute von Essen, Düsseldorf, Elberfeld usw., um mit ihnen in derselben Weise Schindluder zu treiben, wie es durch vorliegenden Fall wieder einmal recht drastisch illustriert wird.

— **Einen Kartellvertrag** hat der Verband der Malerergeschaften von Berlin und den Vororten mit dem Wunde Norddeutscher Maler- und Lackierermeister am 10. November d. J. abgeschlossen. Den Hauptzweck dieses Vertrages ersehen unsere Kollegen aus dem Versammlungsbericht Hamburg in Nr. 46.

— **Worzhelm.** (Situationsbericht.) Der allgemeine Aufschwung des Gewerkschaftslebens am hiesigen Orte brachte es mit sich, daß auch unsere Filiale davon insofern Nutzen hatte, als ein gewisses stabiles Verhältnis im Laufe der Zeit Platz griff. Die friedlich verlaufene Lohnbewegung im heurigen Frühjahr, welche die gesamten Kräfte der Organisation in Anspruch nahm, hat ebenfalls bewirkt, daß sich die Kollegen etwas mehr und enger zusammenschlossen als je zuvor. Ein sichtbarer Ausdruck dieses Zusammenflusses sind die Mitgliederversammlungen, die alle 14 Tage regelmäßig von nahezu zwei Drittel der Mitglieder besucht sind. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß trotzdem noch kein Idealzustand hergestellt, sondern vielmehr noch manches zu tun ist, um einen wirklich aufgestellten Mitgliederstand zu bekommen. Ist es doch leider dazu gekommen, daß im Sommer eine Ueberfüllungswirtschaft eingegriffen ist, die nur verderblich wirken muß. Im Tarif ist bestimmt, daß für Ueberstunden 15 Proz. Zuschlag zu bezahlen sind. Diese Bestimmung scheint eine wahre Prämie zu sein für Ueberstundenmachen, denn viele Kollegen sind der Ansicht, wenn die Prozente bezahlt werden, so könne man gegen die Ueberstundenmacherei nichts einwenden. Das ist grundfalsch. Es muß immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die 9 1/2 stündige Arbeitszeit nicht durch Ueberstunden auf eine 10 1/2- oder 11 oder 12 stündige erhöht werden soll, um der wenigen Fennige halber, welche die 15 Proz. ausmachen. Das nächste Jahr muß mit aller Entschiedenheit dahingewirkt werden, daß dieser Mißstand eingebremst wird, denn es gibt Kollegen, die den heurigen ganzen Sommer über niemals um 6 Uhr abends Feierabend machten. Ein Uebelstand besteht auch darin, daß es Kollegen gibt, die stets die ersten sein wollen in der Werkstatt beim Arbeitsbeginn. Im Tarif steht eine Bestimmung, daß jeder Arbeiter verpflichtet ist, sich so frühzeitig im Geschäft einzufinden, daß er zu oben genannter Zeit (morgens 7 Uhr und mittags 1 1/2 Uhr) beginnen kann. Diese Bestimmung war schon des öfteren Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten. Es gibt hier Arbeitgeber, die der Ansicht huldigen, daß ein Arbeiter verpflichtet sei, im Falle derselbe Material von der Werkstätte auf die Baustelle zu bringen gezwungen ist, bereits so frühzeitig sich in der Werkstätte einzufinden habe, daß er zu festgesetzter Zeit auf der Arbeitsstelle zu sein hat. In einer Sitzung des Innungsvorstandes mit dem Gesellenausschuß wurde diese Ansicht für irrig erklärt und ausdrücklich bestimmt, daß das Hindringen von Material von der Werkstätte zur Bau- bzw. Arbeitsstelle auch als Arbeitszeit zu betrachten sei. Man sollte nun meinen, daß die Kollegen sich demnach handeln würde, jedoch gibt es leider eine Anzahl, die das Gegenteil machen. Von den Organisierten ist es gewöhnlich nicht anders zu erwarten, weil ihnen meistens das Bewußtsein einer derartigen Handlungsweise mangelt, oder aber dadurch versuchen, sich lieb- und zu machen beim Unternehmer, aber daß es noch organisierte Kollegen gibt, zum Teil solche, die schon längere Jahre Mitglied sind, fordert zur schärfsten Kritik heraus. In dieser Beziehung wird wohl einmal energischer vorgegangen werden müssen, soll es nicht heißen, daß die Organisation derartige Unkollegialität unternimmt. In den Versammlungen sind diese Zustände mehrmals geheißen worden, bisher jedoch ohne Erfolg. Denn diejenigen, die es angeht, sind meistens nicht da. Die Filialverwaltung wird jedoch kein Mittel unversucht lassen, um diesem Mißstand zu steuern. Ein weiterer Mangel ist dahin zu ver-

merken, daß zwischen der Innung und dem Gesellenausschuß keine Vereinbarung getroffen worden ist, daß auch im Winter die 1 1/2 stündige Mittagszeit beizubehalten ist. Diese Bestimmung, die auf beiden Seiten vollste Uebereinstimmung fand, wird jedoch von einzelnen Meistern nicht eingehalten und den bei diesen Meistern beschäftigten Kollegen fehlt der Mut, ihr vereinbartes Recht zu beanspruchen und zu fordern. Aber charakteristisch ist es, daß dies gerade in benannten Werkstätten vorkommt, wo keine oder nur wenige Organisierte vorhanden sind. Viel zu kämpfen ist in dieser Hinsicht mit den auswärts Wohnenden, aber wenn die Hiesigen sich aufschwingen könnten zu einem einheitlichen Vorgehen, so wäre der Widerstand der Auswärtsigen leicht zu brechen. Man sieht, daß trotz des Tarifvertrages doch viele Mißstände eintreten können, wenn nicht mit der nötigen Energie die Errungenschaften hochgehalten werden. Die erst kürzlich ausgenommene Statistik hatte insofern ein ziemlich erfreuliches Resultat, als daraus zu ersehen war, daß der Durchschnittslohn von 40 M vor der Lohnbewegung auf 44 M gegenwärtig gestiegen ist und nur in einem Falle noch ein Lohn von 38 M bezahlt worden ist. Ist dies im allgemeinen erfreulich, so ist es bedauerlich, daß von den Indifferenten nur 6 Fragebogen eingingen, so daß das ganze Bild sich bloß auf organisierte Kollegen beschränkt. Es wäre noch mancherlei zu berichten. Die Filialverwaltung arbeitet mit aller Kraft auf die Aufhebung der Mißstände hin und sucht nach Mitteln hierzu. Das einzige Mittel ist wohl: zähe Aufklärungsarbeit. Zu diesem Zwecke haben wir beschloffen, einen Vortragszyklus zu veranstalten für diesen Winter, um erstens die Mitglieder zu unterrichten auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, der Kunst und Wissenschaft, wie überhaupt den Vorkampfskampf des Proletariats und zweitens dadurch kleinliche Händereien und persönliche Zwistigkeiten von den Versammlungen fernzuhalten. Die Geschäftskonjunktur am hiesigen Plage ist sehr zufriedenstellend, der Winter wird hoffentlich kein allzu grimmiger Geselle werden, so daß die große Mehrzahl der hiesigen Kollegen Arbeit und Brot haben dürfte. In den Kollegen Worzhelms liegt es nun, das Bestreben der Filialverwaltung zu unterstützen, die Versammlungen fleißig zu besuchen und dadurch das Vereinsleben in diesem Winter lehrreich, interessant und unterhaltend zu gestalten. Lassen wir also in Zukunft an Stelle des Hasses, des Neides und der Mißgunst in dem Arbeitsverhältnis wie im Vereinsleben die Bruderliebe und die Solidarität treten, dann werden wir, des sind wir sicher, auch im 17. Jahre des Bestehens der Organisation wieder eine Etappe weiter sein im Kampfe wider Kapitalismus und Knechtschaft.

— **Stuttgart.** (Situationsbericht.) Unseren Kollegen in Stuttgart, dem Sitz der Romere des Süddeutschen Malermeisterverbandes, scheint es recht wohl zu gehen, trotz der herrschenden, traurigen Verhältnisse, wie sie hier anzutreffen sind. Ein sehr großer Teil der älteren, ortsanfässigen Kollegen bestimmt sich überhaupt nicht um unsere Organisation; trotz aller Agitation und Aufklärung gelingt es nicht, diese modernen Lohnsklaven aus ihrem Stumpfsinn und ihrer Gleichgültigkeit aufzuwecken. Darum ist es uns leider nicht gelungen, einen wesentlichen Fortschritt verzeichnen zu können, eher können wir von einem Rückschritt sprechen. Wohl haben wir gegenüber dem 2. Quartal eine Zunahme von 81 Mitgliedern im dritten Quartal. Wenn man aber in Betracht zieht, daß das dritte Quartal das Beste sein soll, so ist diese Zunahme ziemlich gering zu nennen, zumal die Hälfte der Aufnahmen auf unsere Zahlstellen entfallen. Von diesen können wir im allgemeinen günstiges berichten. In Östlingen und Ludwigsburg hat sich unsere Mitgliederzahl nahezu verdoppelt. In Neulingen haben wir leider auch einen kleinen Rückschlag zu verzeichnen, dafür können wir von Genasstatt erfreulicherweise berichten, daß dort nahezu sämtliche Kollegen unserer Organisation angehören. In Heidenheim und Untertürkheim gelang es uns, Zahlstellen zu gründen, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigen. Ueberall rings um Stuttgart Fortschritt und Opferfreudigkeit, nur in der Stadt selbst allgütig 3 Regieren. Wenn ein paar oder vier hiesige Kollegen vorhanden wäre, in Stuttgart würde die Organisation ein viel stärkeres Leben zeigen. Man sollte sich auch vorstellen, daß bei einer Mitgliederzahl von 420 (vollständig im 3. Quartal 387) die Versammlungen besser besucht würden als der Fall ist. Die Verwaltung ist bestrebt, durch Vorträge usw. die Versammlungsabende so interessant wie möglich zu gestalten, aber die meisten Vorträge mußten zurückgestellt werden, weil wir den Referenten nicht zumuten wollten, vor leeren Stühlen zu reden. Die Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit zeigt sich auch gegenwärtig sehr deutlich insofern, als die vom Hauptvorstand herausgegebenen Fragebogen, die jedem Kollegen zugestellt wurden, trotz mehrfacher Mahnung noch nicht eingegangen sind. Bis heute fehlen noch weit über 100 ausgefüllte Fragebogen. Solche Pflichtvergessenheiten lassen sich noch mehr anführen, doch für heute genug, wir wollen hoffen, daß es uns auch in Stuttgart bald gelingen möge, unsere Kollegen von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Daß es nicht damit getan ist, wenn man seine Beiträge bezahlt, sollten unsere älteren Kollegen doch wissen, gerade diese sollten den jüngeren Kollegen mit gutem Beispiel vorangehen und sie aufmuntern, unserer Organisation beizutreten. Kollegen von Stuttgart! Die Vorboten des Winters sind schon eingetroffen, schon macht sich eine allgemeine Arbeitslosigkeit fühlbar, viele Kollegen sind wieder gezwungen, den Wanderstab zu ergreifen, unsere Zahl wird durch die abreisenden Kollegen bedeutend gelichtet. Wenn jeder noch in Arbeit stehende Kollege sich seiner Pflicht bewußt wäre, neue Mitglieder dem Verbandsbeizuführen, so würde sich unsere Mitgliederzahl trotz der abreisenden Kollegen nicht verringern, sondern wir würden unsere Zahl um ein beträchtliches erhöhen. Deshalb Kollegen, an die Agitation, damit wir das erriegen, was sich die anderen Bauarbeiter schon lange errungen haben. Um sich aber bessere Verhältnisse zu erringen, dazu gehört vor allem eine geschlossene, gut geführte Organisation, vor allen Dingen ist aber ein pünktlicher und zahlreicher Versammlungsbesuch notwendig, denn es ist geradezu beschämend und unverzeßlich, wie unsere Kollegen sich in diesem Punkt verhalten haben. Beherzige jeder Kollege, die Worte: Kollegen agitiert und organisiert mit allen Kräften für die Stärke unserer Vereinigung!

## Gewerkschaftliches und Soziales.

Die Generalaussperrung der sächsischen und Thüringischen Textilarbeiter ist zur Tatsache geworden. Alle Weber-, Färber- und Appreturbetriebe sind geschlossen worden. Betroffen werden über 36 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

— Die Massenaussperrung in der schwedischen mechanischen Werkstoffindustrie, die 5 Monate lang währte und mit

der größten Rücksichtslosigkeit durchgeführt worden ist, hat nun ihr Ende erreicht. Das Scharfmachertum mußte schließlich doch die Macht der Arbeiterorganisationen anerkennen und tarifliche Regelungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit ihnen vereinbaren, das Mitbestimmungsrecht der organisierten Arbeiter anerkennen. Bewundernswert und nachahmenswert ist die Opferwilligkeit, mit der die schwedische Arbeiterkraft die kämpfenden Brüder so lange Zeit vor unerträglichen Entbehrungen geschlichtet hat, was allerdings wohl auch nur mit Hilfe des praktischen Systems der obligatorischen Unterstützungsbeiträge aller arbeitenden Mitglieder der der Landesorganisation angehörenden Gewerkschaften möglich war, ein System, das übrigens auch in den Zentralen der norwegischen und dänischen Gewerkschaften durchgeführt ist und bei allen großen Kämpfen in Kraft tritt. Das Uebereinkommen ist von den Vertretern der vier in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen, wie von den Vertretern der Werkstoffvereinigung und dem Vorsitzenden der Landesorganisation der Gewerkschaften unterzeichnet.

— Die Arbeiter in den französischen Marinearsenalen sind am 14. November in den Generalstreik eingetreten.

— **Streik in verwandten Gewerben und Streikarbeit.** Der Vorstand des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, der sich mit diesem Punkt zu beschäftigen hatte, teilt nun seinen Mitgliedern mit: Während dem in diesem Frühjahr in Frankfurt a. M. stattgefundenen Streik der Stukkateure, die auch Maljarbeiten ausführten, hatten sich Umstände ergeben, daß organisierte Maurer, die bei einem Bauunternehmer in Arbeit standen, die Fortführung der von streikenden Stukkateuren angefangenen Maljarbeiten verweigerten, mit dem Hinweis: diese Arbeit sei Streikarbeit. Der Vorstand des Frankfurter Verbandes baugewerblicher Unternehmer ist in einer Besprechung dieses Falles mit den Vertretern des Zentralverbandes der Maurer dahin übereingekommen, daß eine Weigerung zur Fortführung von Arbeiten, die von streikenden Arbeitern eigner oder verwandter Gewerbe angefangen sind, kein Grund zur Entlassung von Arbeitern sein soll. In einer Vorstandssitzung des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes wurde dieser Fall besprochen und in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Vorstandes des Verbandes baugewerblicher Unternehmer, Frankfurt a. M., ein im gleichen Sinne lautender Beschluß gefaßt. Wir geben den Mitgliedern des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes hiervon Kenntnis mit dem Ersuchen, eintretenden Falles hiernach handeln zu wollen.

— **Christliche Arbeitervereine haben keine Existenzberechtigung.** In dem Vereinsorgan des norddeutschen Verbandes christlicher Arbeitervereine, „Der Arbeiterbund“ wird in bewegten Tönen das ganze Elend dieser total überflüssigen und darum lebensunfähigen Organisationen geschildert. Es heißt in dem hochinteressanten Artikel unter anderem: „Wir haben keine Idee, für die wir kämpfen! Wir nennen uns christliche Vereine: was ist ein Sohn! Was hat unsere Sache mit dem Christentum, mit Christo zu tun! Wir sind von Christo durch eine tiefe Kluft geschieden, von dem — rein menschlich betrachtet — Welken- und Himmelstürmer, der Weltlich und Lob verachtete, dem Idealisten, den seine Verwandten für irrsinnig hielten, dem Vorkämpfer für Recht und Freiheit gegen alle verrotteten Einrichtungen und Rechte. Wir nennen uns Arbeitervereine: als wenn wir wären! Wir sind gemischt aus Nichtarbeitern und Arbeitern. Und die Führer sind nicht Arbeiter, sondern Arbeitgeber, Lehrer und Pastoren usw., — in den Einzelvereinen wie im Gesamtverband. Wir nennen uns national: und wenns hoch kommt, sind unter uns ein paar, die wirklich ihr Vaterland mit heißer Liebe umfassen und zu opfern mit Gut und Blut bereit sind. Aber die Massen hinter uns stehen stumpf und müßtrauig abseits; sie machen mit, weil's gut und in ein biblisches Licht setzt und ein gutes Glas Bier nicht fauer macht, wenn sie beim Kaiserhoch hurra rufen. Aber um Gottes willen nicht mehr: Vaterland, Kaiser, Macht, Ehre, Ruhm — die Begeisterung dafür wächst für sie nur in stücker Bierluft und dunniger Zeitungsluft! Wir glauben sozial zu wirken: ich habe nirgends etwas gespürt! Hilfskassen, Vorträge usw. die tun's nicht, Vergnügungen auch nicht. Sozialismus tritt an den einzelnen greifbar und faßbar nur in der Form von Sozialpolitik heran, und diese hat nur Sinn und Kraft als politisch gefärbte Sozialpolitik. Wir mögen uns Vereine nennen — und auch das sind einzelne unserer Vereine kaum noch — soziale, christliche, nationale Arbeitervereine im tieferen Sinne sind wir nicht, und wo der tiefere Sinn fehlt, da ist es nicht weit zum Nisim, zur Phrase, da fehlt die schöpferische Kraft, da fehlt die Existenzberechtigung! — Was unseren Vereinen not tut? — Wiedergeburt im neuen Geist! — im Geist Christi! — im Geist einer wahren Vaterlandsliebe — im Geist der Hingabe und Opferfreudigkeit — im Geist des Schaffens und Arbeitens — im wahrhaft sozialen Geist! Sonst möge man unsere Vereine lieber sprengen; sie schaden mehr als sie nützen! Sind sie doch schon in ganz Deutschland ein Gegenstand des Schmerzes für unsere Freunde, ein Gegenstand des Gespöttes für unsere Nichtfreunde, ein Gegenstand der Verachtung für unsere Gegner!“

Der Artikelschreiber trifft mit seinen Ausführungen den Nagel auf den Kopf, daß die „christlichen“ Arbeitervereine nur noch ein Gegenstand der Verachtung sind. Hoffentlich finden seine Worte die weiteste Beachtung; da aber von einer Wiedergeburt keine Rede mehr sein kann, gibt es nur eins: Weg mit dem „christlichen“ Vereinsunfug!

## Versammlungsberichte.

Bremen. Am 11. November hielt unsere Filiale in Greves Lokal ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in welcher Nebstunter Punkte über die Bedeutung der Arbeiterpresse“ sprach. Einleitend berichtet Redner das Mißverhältnis, welches anscheinend in jüngster Zeit zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie entstanden. Zurückweisend bis auf die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung weist der Referent nach, daß es sich da um eine alte Erscheinung handele, die neuerdings ein anderes Gesicht annahm. Für das anscheinende Mißverhältnis dürfe man nicht einzelne Personen verantwortlich machen, sondern müsse nach den tiefen liegenden Ursachen dafür forschen. Es wurden nun eine Anzahl dieser Ursachen, die sich sämtlich aus der Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschlands ergaben, aufgezeigt. Die Fragen der Organisationsform sowie der Meister und des politischen Massenstreiks, ferner die Streikfragen des

Revisionismus und der Neutralität seien lebhaft in Partei und Gewerkschaft verhandelt, wobei sich die Gewerkschaften oft im Gegensatz zur Partei befanden. Ferner kämen für das erwähnte „Mißverhältnis“ zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie der Niedergang der Gewerkschaften im Jahre 1892 und das gleichzeitige mächtige Anwachsen der Sozialdemokratie in Betracht; desgleichen das seit 1893 fortwährend gewaltige Wachstum der Gewerkschaften. Es spielten Fragen des Unterstützungswezens, der Tarifgemeinschaft usw. hinein, die viel Staub aufwirbelten. Hinzu kam, daß bei dem Wachstum der Gewerkschaften immer mehr die Notwendigkeit der Anstellung von Beamten erstand und dieser Rechnung getragen werden mußte. Bei der großen Nachfrage nach solchen Beamten müsse oft zu Leuten gegriffen werden, die mit den Lehren des Sozialismus recht wenig vertraut seien und die sich dann als Gewerkschaftsbeamte, weil sie überlastet würden, mit jenen Lehren auch noch nicht genügend vertraut machen könnten. Gleichwohl kämen diese Leute oft in die Lage, über die Grundfragen des Liberalismus urteilen zu müssen oder zu wollen. Da entstanden dann Frictionen zwischen Partei und Gewerkschaften. Das alles aber dürfe man aber nicht tragisch nehmen. Keine Arbeiterbewegung vermöge sich ohne solche innerlichen Kämpfe zu entwickeln. Da tauchten Streitfragen auf, ihre Erörterung nehme einen mehr oder minder heftigen Charakter an, aber eines Tages zeige sich immer wieder, daß diese Streitfragen erledigt seien und die Arbeiterbewegung marschiere. Total falsch wäre, wollten die Gewerkschaften auf die Hilfe der Partei, oder umgekehrt diese auf die Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Erfüllung der Aufgaben der Gesamtarbeiterbewegung verzichten. Die Sozialdemokratie sei die berufenste Vertreterin und das stärkste Bollwerk der Gewerkschaften und diese seien hinwieder die beste Stütze der Partei. Es beständen zwischen diesen beiden Teilen der deutschen Arbeiterbewegung so viele Wechselbeziehungen, so viele sich ergänzende Wechselwirkungen seien zu beobachten, daß eine Trennung des einen Teiles vom andern Selbstmord wäre. Daraus folge aber, daß jeder sozialdemokratische Arbeiter seiner Gewerkschaft angehöre, und daß jeder Gewerkschaftler Mitglied der sozialdemokratischen Parteiorganisation sowie Abonnet der Arbeiterpresse sein müsse. In dieser Beziehung läge aber in Bremen sowohl wie an anderen Orten vieles im argen, wofür Redner Beispiele

anführt. Besonders sollte es sich dem Gewerkschaftler darum handeln, die Bedeutung der Arbeiterpresse richtig zu erfassen. Ihre Bedeutung liege darin, daß sie stets die Interessen der Arbeiter zu vertreten habe. Das könne auch sie nur unbeschränkt, wie an Beispielen dargetan wird. Ohne die Arbeiterpresse vermöchte denn auch keine Gewerkschaft einen größeren Streit zu führen. Dann liege die große Bedeutung der Arbeiterpresse in der Aufklärung und Schulung der Arbeiter, welches bereits zur erfolgreichen Führung des notwendigen Klassenkampfes unerlässlich sei. Der Referent schließt mit der Aufforderung, nach alledem zu handeln. — In der anschließenden Diskussion nahmen mehrere Redner teil.

#### Briefkasten.

Berlin, D. L. und M. B. So gut Euer Schreiben auch gemeint sein mag, in unserer Auffassung kann trotzdem keine Veränderung eintreten, da wir über die Angelegenheit sehr gut informiert sind und zwar seit längeren Jahren schon. Gruß!

Götting, Sch. Solche Vorkommnisse müssen am besten in Werkstellenzusammenkünften besprochen werden. Daß Kollegen der Verwaltung in erster Linie berufen sind, durch ihr Verhalten den übrigen Kollegen mit gutem Beispiel voranzugehen, sollte man doch als selbstverständlich voraussetzen.

#### Sterbetafel.

Nürnberg. Am 1. November verstarb unser treues Mitglied Kollege Martin Kiebig.

#### Dereinstell.

Bestätigt werden die Ersatzwahlen der Filialverwaltungen von Kattowitz, Nowawes, Singen und Zeulenroda. Ausgeschlossen wurde von der Filiale Greiz das Mitglied Alban Reinhold, Buchn. 37 619 auf Grund des § 7 b des Statuts.

Bericht der Hauptkassie vom 7.—13. November 1905. Eingeliefert wurde: Wolf-Wittenberge M. 5.—, Saarbrücken 150.—, Braunschweig 400.—, Guben 137.45, S. W. Rue-Schwege 4.—, Wittenberg 24.70, Mainz 400.—, Badrje

50.—, Trier 34.—, Langenselbold 106.75, Friedberg 100.—, Darmstadt 500.—, Dresden 800.—.

Material wurde abgefordert: B. = Beitragsmarken. C. = Eintrittsmarken. D. = Duplikatmarken. E. = Kalender. Bl.-Dr. = Bleiweißbroschüren.

Mite 200 B. a 45 S., 20 K.; Bielefeld 20 C.; Brandenburg 20 K.; Döbeln 6 K.; Dresden 40 K.; Eberswalde 400 B. a 45 S., 400 B. a 15 S., 20 C.; Forst 15 C.; Guben 400 B. a 15 S., 20 K.; Halberstadt 10 K.; Halle 20 K.; Harburg 400 B. a 20 S., 15 K.; Kiel 1200 B. a 50 S.; Leipzig 10 000 B. a 15 S.; Lindau 12 K.; Marburg 200 B. a 45 S.; Metz 5 D., 25 K.; Meuselwitz 200 B. a 15 S., 3 K.; München 4000 B. a 20 S., 30 K.; Nürnberg 60 K.; Pforzheim 40 K.; Rostock 25 K.; Stuttgart 100 K.; Weimar 10 K.; Wilhelmshaven 1 Bl.-Dr.; Zeulenroda 6 K.

S. Wentker, Kassierer.

#### Zentral-Kranken- und Sterbekasse

der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands

(Eingeführte Kassiererin Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassierers vom 12. bis 18. November 1905.

Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingeleitet von Mangel-Friedrichshagen 100 M.; Schäfermeyer-Düsseldorf 250 M.; Ostin-Begeck 100 M.; Gebhard-Wera N. j. L. 100 M.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgefordert an Böhmen-Deynhausen 15 M.; Naegel-Berlin S. 1200 M. Letzteres zur Zahlung von Arzneien für sämtliche Verwaltungen von Berlin und Umgegend.

Krankengelder erhielten Buchn. 27 232, A. Boke in Esnabrück, 12 M.; Buchn. 19741, W. Möbius in Wallerstein in Bayern, 24 M.; Buchn. 12158, M. Wolf in Ottenbeuren in Bayern, 14 M.; Buchn. 11151, S. Gebert in Werbergen, 6 M.; Buchn. 25996, C. Steinmetz in Wadersleben, 12 M.; Buchn. 11366, G. Wirsdorf in Sommerfeld, 14 M.; Buchn. 26362, C. Fischer in Neuwedel, 12 M.; Buchn. 22460, F. S. Schaber in Worms, 36 M.

Sterbegeld wurde gezahlt für Buchn. 11365, G. Wirsdorf in Sommerfeld, 110 M.

S. D. Dulle, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

# Unser Malerkalender für 1906

ist erschienen. Der Preis beträgt pro Exemplar 60 Pfg. Bei Partiebezug von mindestens 10 Exemplaren wird den Verwaltungen der Filialen das Stück zu 55 Pfg. verrechnet, sodass 5 Pfg. für Kolportagekosten verbleiben. Bei Bestellungen von unter 10 Exemplaren kommt der volle Betrag in Anrechnung.

Inhaltsverzeichnis: I. Vorwort, Weckruf, Kalendarium, Statistische Tabellen, Münztabelle, Tarife für Postsachen und Telegramme, Masse, Gewichte etc. II. Aus unserem Berufe. Lohnsätze von Aachen, Dresden u. Umg., Fürth, Halle, Kiel (Lack.), Landau, Nürnberg, Innungsbez. Potsdam und Tilsit. Bleiweißgesetz und Bleimerkblatt. Gesellenordnung aus Hamburg von 1844. Adressenverzeichnisse. III. Soziale Rechtspflege, Kurze Notizen. IV. Technischer Teil. — Jeder Einzelbestellung sind 10 Pfg. Porto beizulegen. Bestellungen sind umgehend an uns zu richten.

Der Vorstand.

#### Tüchtige Maler

finden lohnende Beschäftigung durch Ausführung von Glasmalereien mit Hilfe meiner Zeichnungen. Eigene neue Verfahren. Probebogen nebst ausführlicher Anleitung 2 50 M. Nachnahme.

Otto Prase, Maler, Ilmenau i. Th.

Wer kann mir den Aufenthalt meines Vaters, des Malers Georg Sidert, geb. am 29. Juli 1862 zu Freiburg in Schleien, angeben?

Georg Sidert, Maler, Halle a. S., Böckstraße 4.

#### Maler-Mäntel!

Eigene Fabrikat!

• vorne offen mit Umlegekragen. •  
• Sechlinge bis Oberweite 88 cm 110 cm lang  
||| secunda per Stück 2.25 M |||  
||| prima " " 2.75 " |||

Männer Oberweite bis 112.  
110 125 140 cm lang  
||| secunda 2.50 2.65 3.— M |||  
||| prima 2.90 3.10 3.50 " |||

Dress-Jacken, prima Qualität leinen, Oberweite: 100 M 2.60, 108 M 2.80, 112 M 3.—. Damen Schrittlänge: 72/76 M 2.60, 78/80 M 2.80, 82/84 M 3.—. Messel-Schuhhosen 180 M 2.—.

D. Wurzel & Co., Berlin, Brückenstraße 13, I.

40 bunte Malvorlagen M. 5.—

Landschaften, Blumen, Vögel, Seestücke etc.

H. Brühl, Gamm i. Westf. (Nord.)

#### Selbstunterricht in der Holzmalerlei

150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farbendruck, mit leicht fasslicher Anleitung, sind für den billigen Preis von nur 10 M. zu beziehen von

Aug. Düttemeyer, München, Baderstraße 47, IV, r.

#### Versandthaus

in allen Malerartikeln, Farben, Lacke, Pinsel und Schablonen.

Billigste Bezugsquelle in Tubenfarben

Man verlange Preisliste!

G. Job, Nürnberg, Tebelg. 13.

#### Maler-Schule

C. Karde, Kiel.

## Glas-Christbaumschmuck



aus erster Hand, in solider und nur feinsten Ausführung versendet gut verpackt in Kisten Sort. I. 325 Stück bessere echt versilberte ff. Panorama- und Eiskugeln, wunderschöne mit Silberdraht, Chenille und Seidenquasten verzierte Neuheiten, hochfein ausgezackte Leuchtkugeln zum Aufhängen, große übersponnene Baumspitze mit Silberhelm, viele Arten naturgetreuer Früchte, Schneeballen, lautende Glocken, Vögel, Trompeten mit Stimmen etc. zum billigen Preise von Mk. 5.—, gegen Einsendung (Nachnahme Mk. 5.30). — Sort. II. 110 Stück grössere Sachen zum selben Preise von Mk. 5.— (Nachnahme Mk. 5.30). Diesen beiden Sortimenten füge ich gratis eine schon im Vorjahre mit großem Beifall aufgenommene Fruchtvasse mit Blumenbouquet, einen sich selbst bewerkenden Engel auf einem Stiel und einen Schwan auf einem Stiel zu. — Preisliste zu beziehen von Max Heumann, Lauscha S. Mein. No. 73.

Max Heumann, Lauscha S. Mein. No. 73

Fabrikation und Versand.

Fr. Weiershausen & Co., Hamburg 5, Lindenstr. 19.

Schule für Holz- und Marmorimitation.

Grösste u. leistungsfähigste Schule dieser Branche Deutschlands.

Holz- und Marmorwerke zum Selbstunterricht.

Neueste Porenrollen.

#### Malerfachschnle Hameln a. d. W.

Praktischer Einzelunterricht.

Sichere Erfolge bei e. jed. Schüler.

Buchführung. — Correspondenz.

Vorbereitung für das Meisterexamen.

Prospekte frei durch die Direktion.

#### Wo speisen unsere Hamburger Kollegen?

in der Fuhrentwiete 50 beim  
Kollegen Martin Mähner!

Großer bürgerlicher Mittagstisch  
nach der Karte 50 Pfg. Abendessen  
nach der Karte von 30 Pfg. an

Fach-Schule für Holz- und Marmor-Malerei  
M. Nabban, Unterstr. 118.

gegr. 1896. Düsseldorf gegr. 1896.

Prämiert mit höchsten Auszeichnungen!  
u. a. Medaille der Kunst- und Gewerbe-  
Ausstellung Düsseldorf 1902. Prospekt  
kostenlos. Eintritt jederzeit!

#### Nebenverdienst!

Vergrößerungen von Porträts und  
Kunstmalerien! — Billigste Preise!  
Tadellose Ausführung! z. B.: Ver-  
größerungen auf prima Zeichenpapier  
27,34 cm 55 Pfg., 38/46 cm  
65 Pfg. Preisliste gratis u. fr.

M. Basche,

Berlin NO., Neue Königstrasse 84.

#### Malerschule

• für Holz- und Marmor-Imitation •  
von A. Pritschau, Gammelsburg,  
(Bayern). — Gründliche, in der Praxis  
bewährte Ausbildung. — Beginn des  
Kurses vom 15. November 1905 bis  
1. März 1906. Prospekt gratis.

Malerschule zu  
Gotha.

Vorzügliche Erfolge. — Prospekt gratis.  
Viele Anerkennungen.

#### Malerschule

von Wiff. Schütze,  
Hamburg 15.

Neu! Im Selbstverlag erschien: Neu!  
Moderne Entwürfe

für die Praxis des Dekorationsmalers.  
II. Serie. 16 Tafeln.  
• M. 2.50 franko gegen Nachnahme. •  
August Vogler, Essen a. d. Ruhr,  
Atelier für Dekorations-Malerei.

#### ! Nebenverdienst! Vergrößerungen

auf prima Zeichenpapier,  
3. 2/1 a 5 Pfennig  
Preis für 2. — Mark

Kunstmalerien, Original-Entwürfe,  
Kirchen- und Altargemälde.

•• Preisliste gratis und franko. ••

Barthen & Co.,

Berlin W. 50, Ansbacherstr. 37.

#### Dekorations-, Holz- und ... Marmor-Schule ...

Gebr. C. u. H. Dreier,

Bremerhafen, Grünestr. 60, 2. Etg.

#### Holz- und Marmor-Schule

von C. Christen, Hamburg, Silland-  
straße 67, Haus 2, III.

#### Schule f. Holz- u. Marmor-Imitation

Hamburg 5, Rebaserstr. 33.  
Tagesunterricht v. 9—4 Uhr, Woche 5 M.  
Abendunterr. v. 7—10 Uhr, Monat 10 M.  
H. Carstens.

#### Todes-Anzeige.

Am 19. November verschied plötzlich  
unser Kollege  
Haimund Sobit

im Alter von 36 Jahren.  
Sein Andenken hält in Ehren!  
M. 2.—] Filiale Biegnitz.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 46  
des Korrespondenzblattes für die Bevoll-  
mächtigten und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich Dr. Mart  
Hamburg, Schmalenbeckerstr. 17.  
Verlag von S. Wentker, Hamburg 22.  
Druck von Fr. Meyer, Hamburg 23.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die internationale Prosperität. — Die weniger günstigen Faktoren: abermalige Diskonterhöhung, künstliche Export-Steigerung vor dem 1. März 1906, die russische Entwicklung.

Zuversicht auf fortwährenden Aufschwung und Mit- tragen in die Festigkeit des bereits Erreichten mischen sich fortgesetzt in selbster und seltener Weise. Nicht nur die unbestimmten Anzeichen, sondern die schlagenden Beweise der Prosperität sind zweifellos unverkennbar. Wir setzen bereits dar, wie die deutsche Kohlen- und Eisen-Produktions- statistik Rekordziffern verzeichnet, Aus der Maschinen- branche wird vielfach berichtet, daß sie wegen Ueberhäufung mit Aufträgen die Lieferfristen nicht einhalten kann. Die Elektroindustrie kann, nach einer neueren fachmännischen Beurteilung, an Drossel haben, soviel sie will. Die Schiffsbauaufträge wachsen zusehends, noch vor der Flottenvorlage. Die Eisenbahnen haben alle bisher bekannten Verkehrs- höhen weit überschritten. Sogar Zweige, die unter nachfolter Uebergründung und -Erzeugung in den letzten Jahren in so heilloser Verwirrung getreten, wie die Zementherzeugung — heute eine Grundlage aller Tief- und Hoch-, Land- und Wasserbauten —, erholen sich in den Preisen und gelangen zu der immer wieder gescheiterten Verständigung, weil die Voraussetzungen für die kopflose gegenseitige Unterbietung mit dem flotteren Absatz hinweggefallen sind. Die Banken, die schon wieder Erhöhungen des eigenen Kapitals vornehmen (die Deutsche Bank um nicht weniger wie 20 Millionen Mark), können den Ansprüchen der Geschäftswelt für Neuschöpfungen, Geschäftserweiterungen und laufenden Betrieb kaum nachkommen.

Diese Strömung kehrt in allen westlichen Ländern, in Belgien, der Schweiz, in Italien, Frankreich, wenn auch in verschiedener Stärke, wieder. Selbst das allerschwache, mit zahllosen Gebrechen geschlagene Oesterreich erfährt wirtschaftlich einen Aufschwung.

Außer in Deutschland scheint er am lebhaftesten in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo wiederum der Eisenmarkt im Mittelpunkt der fast allgemein sich ausbreitenden Prosperität steht. Alle großen Stahlkompagnien „arbeiten“ mit dem Aufwand aller Kraft; neue Hochöfenbauten haben begonnen — und in Amerika baut man, um die teure Menschenkraft auszusparen, und alle Arbeit möglichst mechanisch vollziehen zu lassen, im Durchschnitt Anlagen von 600 Tonnen Tagesleistung, so daß jedes in Gang gekehrte Werk eine erstaunliche Produktionsvermehrung darstellt. In dem letzten und zugegangenen „New Yorker Arbeitsbulletin“ wird festgestellt, daß die wirtschaftliche Hebung Mitte des Jahres 1904 eingeleitet habe und seitdem ununterbrochen an Kraft gewachsen sei, so daß heute (im September) weniger Arbeitslose vorhanden sind als selbst 1902, dem günstigsten Jahr des ganzen Jahrzehnts. Parallel läuft, wie der Bericht weiter ergab, die Zunahme der Gewerkschaften an Mitgliedern, ferner die wachsende Anziehungskraft des amerikanischen Arbeitsmarktes nach außen hin; die Einwanderung überstet abermals alle gesetzlich-künstlich geschaffenen Dämme.

Aber die Freude ist keine unbegrenzte. In allen Ländern haben wir Diskontsätze, die für die Anfangsperiode eines Aufschwunges außerordentlich hoch sind und die für viele geschäftliche Dispositionen einen schweren Stein des Anstoßes bilden, weil von der Leichtgläubigkeit und bequemen Geranziehbarkeit des Fremden, in erster Linie in den Banken konzentrierten Leihkapitals tausendfach der geschäftliche Erfolg und die vorwärtstreibende geschäftliche Unternehmungslust weitesther kapitalistischer Kreise abhängt. Unsere Leser kennen die bisherige Entwicklung bereits; statt einer Milde rung ist zuletzt eine Verschärfung eingetreten: die Deutsche Reichsbank hat am 4. November ihren Diskont abermals um 1/2 Prozent (von 5 auf 5 1/2 Prozent) gesteigert, so daß in diesem Jahre folgende Zinsfüße sich ergaben:

Table with 2 columns: Date and Interest Rate (Prozent).  
11. Februar 3 Prozent  
11. September 4  
3. Oktober 5  
4. November 5 1/2

Ferner macht man einträchtig geltend, daß viele Exportzweige augenblicklich nur deshalb angepannt tätig sind, weil in fast allen Absatzländern vom 1. März 1906 ab höhere Zölle zur Anwendung kommen, und weil man natürlich möglichst viel Waren noch unter der niedrigen Verzollung über die (österreichische, schweizerische, belgische, russische...) Grenze zu bringen sucht. Entsprechend weniger wird man alsdann nach dem 1. März 1906 ausführen. Bei der Mac Kinleybill von 1890 machten die deutschen Arbeiter bekanntlich sehr fühlbar die die ähnliche Erfahrung; vorher trieb man bei uns die Produktion nochmals fieberhaft empor, bis alle amerikanischen Lager überfüllt waren; nachher gingen die Lieferungen doppelt zurück. Wie weit beruht die heutige Mehrproduktion auf solchen vergänglichem Berechnungen; wie weit muß also ein Rückschlag im nächsten Frühjahr eintreten? Für einzelne Industrien sieht man hier auf recht pessimistische Anschauungen, die wir jedoch für recht übertrieben halten.

Eine dritte dunkle Wolke bildet die russische Ent- wicklung. Tage- und wochenlang hat der Landverkehr nach und von Russland, selbst der postalfache Nachrichtenver- kehr nicht nur der Warentransport, vollständig verlagert; der Schiffsverkehr geriet teilweise ins Stocken. Hat hier das deutsche Roubt kapital, soweit es für den Export in Frage kommt, hat der deutsch-russische Handel in Zukunft mit zunehmender Verunsicherung oder mit zunehmender Zer- rüttung zu rechnen? Die gleiche Frage quält andere Länder. Wie ein Alp lastet sie jedoch zeitweise auf der internationalen Großfinanz und ihrem, oft recht kleinbürgerlichen Ge- folge: wenn Russland ungewollt dem Staatsbankrott ver- fällt, oder wenn eine neue Aera die Schulden des alten Absolutismus vollbewußt nicht anerkennt, so sind Milliar- den französischen, holländischen, deutschen Rentenbesitzer verloren, und die Meisten auf dem einen kapitalistischen Gebiet müßten sich natürlich nach den verschiedensten Seiten, auch in den Kreis der Produktion, fortzuziehen — ganz abgesehen davon, daß es für andere Länder von eminentester Wichtigkeit ist, ob die Raffrafi der russi-

schen Bevölkerung für fremde Industriewaren und die russische Lieferfähigkeit für billige Lebensmittel aufwärts oder niederwärts geht. Hier tappt unsere Ge- schäftswelt vollkommen im Dunkeln. Am 27. Oktober erlebte die Berliner Börse, auf Grund der Aufstands- und Ausstandsnachrichten, eine förmliche Panik. Die russi- sche Bank für auswärtigen Handel notierte fast 9 Prozent unter dem vorläufigen Kurs, die russischen Staatsanleihen bis zu 4 Proz. tiefer. Fast alle anderen Werte wurden in diesen Strudel hineingerissen; die ersten Banken hatten an dem einen Börsentage einen Kursfall von 3 bis 4 Proz. zu verzeichnen, führende Spekulationswerte des Industrie- aktienmarktes Abfälle bis zu 7 Proz. Der, auch aus allgemeinen Rücksichten auf die Geldknappheit vielbesetzte Plan der neuen internationalen Russenanleihe von 1800 Millionen Franz war damit, auf absehbare Zeit, als ge- scheitert anzusehen. Aber schon am 31. Oktober wurde das Verfassungsmanifest des Zaren mit einer stürmischen Auf- wärtsbewegung der Kurse beantwortet; so gewannen die Aktien der erwähnten russischen Bank für auswärtigen Handel an dem einen Tage wieder 10 Proz., die 4prozentige russische Anleihe von 1902 wieder 2,70 Proz.

Mit solchen ungünstigen und unsicheren Faktoren werden wir weiter rechnen müssen. Und was speziell Ostland anbelangt, so ist eine Rückwirkung auf den Weltmarkt heute schon unbestreitbar: das Ausbleiben des russischen Getrei- des hat in Verbindung mit ungenügenden amtlichen Berichten über den Fortgang der deutschen Feldbestellung und Winterausfaat, Ende Oktober die Korn- preise rasch emporgetrieben, so daß wir zu den hohen Fleischpreisen mehr und mehr hohe Brotpreise erhalten. Am 25. Oktober notierten am Berliner Markt 1000 Kilogramm:

Table with 5 columns: Grain Type and Price.  
Weizen Roggen Hafer Mais  
1905 180 169 151 191 M  
1904 178 138 187 119  
1903 159 131 126 113  
1902 153 142 139 131  
1901 161 137 140 128

Berlin. Max Schippel.

Die Gewerkschaften Japans.

Ueber die japanischen Arbeitsverhältnisse berichtete in einem amerikanischen Blatte der Japaner Suzuki, der im Sommer ds. Jrs. im Auftrage seiner Regierung in den Vereinigten Staaten weilte. Zum Suzuki wird als der Begründer der Gewerkschaftsbewegung in Japan betrach- tet. Die Bewegung wurde von der Regierung selbst einge- leitet, nachdem eine genaue Untersuchung über die Art und Weise der Arbeiterorganisationen in Europa, ganz beson- ders aber in England, vorausgegangen war. Die Japaner richteten nun diese Gewerkschaften nach einer eigenen Auffassung ein, der man es noch recht deutlich anmerkt, daß sie von oben stammt.

Vor zehn Jahren, sagt Suzuki, fing Japan erst an Maschinen, d. h. die modernen Maschinen einzuführen. Das arbeitende Volk in Japan ist nicht nur arm, son- dern auch unwissend, und wir brauchten die Gewerkschaften als Erziehungs- und Bildungsinstitutionen. Die ersten Vereinigungen bildeten die Eisenarbeiter, die Buchbinder und die Zimmerleute. Diese drei Arten galten uns damals mit Bezug auf die neuen Maschinen als die wichtigsten. Die Regierung kümmerte sich angelegentlich um die Einfüh- rung von Neuerungen und ließ die Arbeiter darin unter- weilen, wie vorteilhaft und nützlich die Maschinen- arbeit ist. Es kam nun darauf an, unsere Produktion zu ver- mehrern, und die Arbeiter brauchte die Maschinen auch zu benutzen zu fürchten. Im Gegenteil, die Arbeiter jedoch bald sehr energisch die Einführung von modernen Maschinen! Sobald die Arbeiter ihre Macht als Union erkannten, hatten wir auch mit dem großen Problem der Streiks zu tun. Aber bei unseren Streiks handelte es sich bisher nicht um höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeit. Die Arbeiter streiken, wenn eine Fabrik sich weigert, Maschinen anzuschaffen oder wenn alte und schlechte Maschinen zur Anwendung gelangen, so daß die Arbeit erschwert wird; sie streiken, wenn sie mit dem Vorführer unzufrieden sind oder wenn sie ihn für unfähig halten. Die Arbeiterführer sind meist Leute, die in Europa auf Kosten der Regierung studiert haben; sie steigen nicht wie in Europa oder Amerika aus den Reihen der Arbeiter selbst empor.

Die Löhne sind sehr, sehr niedrig; sie sind zu niedrig, denn nur für die becheidenste Nahrung und Notdurft des Lebens reichen sie aus und nichts bleibt dem Arbeiter übrig. Dennoch ist die Masse sehr geduldig, und es fanden sich jetzt keine Streiks statt zur Verbesserung dieser Verhältnisse. Das liegt zum Teil daran, daß die Arbeiter der Sorge um die Zukunft entzogen sind und sich bei Unglücksfällen an ihren Arbeitgeber um Hilfe wenden können. Unter unserem patriarchalischen Verhältnis hat der Arbeitgeber die Pflicht, für seine Arbeiter zu sorgen. Anstatt Lohnerhöhungen zu geben, sammelt der Arbeitgeber einen Fonds an, indem er jährlich einen Prozentsatz des Profits zum besten der Ar- beiter zurücklegt. Während einer Krankheit und in hohem Alter, bei Unglücksfällen in der Familie und bei Arbeits- unfähigkeit überhaupt wird der Arbeiter aus einem solchen Fonds unterstützt. Das ist natürlich ein sehr mangelhaftes System, aber die Leute waren bisher damit zufrieden.

Die Gewerkschaften machen große Fortschritte. In den Städten wie auf dem Lande, überall, wo es industrielle Anlagen gibt, bildet sich eine Union unter den Arbeitern. Man hat häufig Gewerkschulen damit verbunden, die sich großer Beliebtheit erfreuen.

Die gefährlichsten und die Ordnung am meisten stören- den Elemente, die wir gegenwärtig in Japan haben, sind der Sozialismus und — was wir Christentum nennen. In beiden Fällen haben wir es mit etwas anderem zu tun, als was man in Europa darunter versteht. Das arbeitende Volk wird ruhelos, es fühlt, daß es nicht glücklich ist; der einzelne wird veranlaßt, sich zu viel Wichtigkeit beimessen gegenüber dem Staat, und das scheinen uns die Einflüsse des Christentums zu sein. — Unter Sozialismus, der mit rapider Geschwindigkeit Verbreitung gewinnt, ist nichts weiter als eine bestimmte Form der Erregung und Unzu- friedenheit in den Volksmassen; es fehlt das Verständnis für einen wissenschaftlichen Gehalt darin.

Soweit der Regierungsmann Suzuki. Er dürfte wohl

in kurzer Zeit noch Enttäuschungen erleben, wenn er glaubt, daß sich die Arbeiter mit den Wohlfahrtsrichtungen der Unternehmer auf die Dauer begnügen werden, denn bereits am 18. Juni schrieb das Organ der japanischen Sozialisten: „Langsam nur lernen die japanischen Arbeiter, wie sie den Kapitalisten in organisierten Massen entgegenzutreten haben, um Zugeständnisse zu erlangen. Um so mehr freut uns ein Sieg, den kürzlich 7000 Kohlengräber in Port Moji gewannen. Nach einem Streik von zwei Tagen wurde ihnen eine Lohnerhöhung von 10 Proz. bewilligt.“

Daß das Christentum hier als Erreger der Unzufrieden- heit hingestellt wird, dürfte nicht nach dem Geschmack der Vertreter unseres offiziellen Christentums sein, daß die Volks- massen zur Geduld, Zufriedenheit und Anspruchslosigkeit zu erziehen versucht. Was den japanischen Sozialismus an- langt, so wird er wohl bald genug infolge der kapitalistischen Entwicklungstendenzen jenen wissenschaftlichen Gehalt emp- fangen, den Suzuki derweilen noch vermisst.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Aufhebung des Hilfsklassengesetzes? Kürzlich wurde berichtet, daß dem Bundesrat ein Gesetzentwurf zugegangen sei, der die Aufhebung des Gesetzes über die eingeschrie- benen freien Hilfsklassen bezwecke. Um Gewißheit zu er- halten, haben einige Mitglieder des Zentralrats der Christ- Dunderischen Gewerkschaften dem Staatssekretär v. Posadomsky einen Besuch abgetattet, über dessen Ergebnis sie im „Gewerksverein“ berichten, daß beabsichtigt sei, um den schwindelhaften Gründungen entgegen zu wirken, das ganze Gesetz aufzuheben, jedoch sollen die soliden Klassen der Ar- beiterberufsbereine bestehen bleiben; aber auch sie sollen dem Aufsichtsamt für Versicherungsunternehmungen unter- stellt werden. Dieses Aufsichtsamt hat auch die finanzielle Grundlage der „Versicherungsunternehmer“ zu prüfen. Mit Unterstellung der freien Hilfsklassen unter das Auf- sichtsamt will man die unsoliden Gebilde unter jenen im Anbegriff unterdrücken können, bevor sie noch Schäden an- gerichtet haben. Das ist selbstredend ein dringender und üblicher Zweck. Betrüger finden aber auch bei der schärf- sten Kontrolle noch Hintertüren genug, durch die sie ein- und wieder hinausgeschlüpfen können. Mit Aufhebung des ganzen Gesetzes wird es andererseits aber auch den Arbeiter- berufsvereinen sehr erschwert, solche Klassen zu gründen und aufrecht zu erhalten. Sobald daher der Gesetzentwurf über die Aufhebung des Hilfsklassengesetzes publiziert worden ist, werden alle Vorstände von freien Hilfsklassen und Freunde freier Selbsthilfe alle Veranlassung haben, in eine sorg- fältige Prüfung darüber einzutreten, ob der Begründung und guten Entfaltung solcher Hilfsklassen der Weg nicht noch mehr beschränkt wird.

Krankenkassen dürfen für den Besuch von Kranken- klassenkongressen keine Diäten gewähren entschied die Preis- hauptmannschaft Leipzig. Die Ortskrankenkasse Müg- geln bei Döbeln hatte die letzte Versammlung des Zentral- verbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich in Dresden besucht und hierfür aus Kassennitteln Diäten ge- währt. Das hatte die Amtshauptmannschaft Mügeln als Aufsichtsbehörde erfahren, die die Rückzahlung der Gelder an die Kasse anordnete. Gegen die Verfügung legte der Kassenvorstand Berufung bei der Preis- hauptmannschaft ein. Sie führte aus, daß in neuerer Zeit durch eine ganze Reihe von Entscheidungen, z. B. in Viefelsfeld, Dre- merhagen usw. es den Kassen gestattet worden sei, Auf- wendungen für den Besuch solcher Kongresse zu machen und daß auch bereits im Königreich Sachsen von vielen Be- hörden solche Aufwendungen gebüht wurden. Auf dem fraglichen Kongreß selbst seien diesbezügliche gerichtliche Entscheidungen bekannt gegeben worden. Die Preis- hauptmannschaft verwarf aber die Berufung und stimmte der amtshauptmannschaftlichen Anordnung bei. Sie verweist kurz auf das Krankenversicherungs- gesetz, das nur Krankenkassen- verbände innerhalb des Bezirks einer Aufsichtsbehörde kenne.

Weibergiftungen durch hartes Wasser. Weibergiftungen durch Trinkwasser sind häufig, wenn das Wasser durch Bleiröhren geleitet wird oder sonstwie mit diesem Metall in Berührung zu kommen Gelegenheit hat. Hisher nahm man an, daß diese Fälle auf die Benutzung von sehr weichem Flachlandwasser beschränkt und daß harte Quell- wasser nicht fähig seien, giftig wirkende Mengen von Blei in sich aufzunehmen. Das anschlagegebende Moment ist dabei der Gehalt an Kohlensäure, die auf das Blei lösend wirkt. Wie jetzt dem „Vorwärts“ gemeldet wird, be- schreibt Dr. Thresh in Lancet einen Fall von erster Weib- ergiftung in einer Familie, die ihren Wasserbedarf einem Brunnen im Garten entnahm. Die Hausfrau erkrankte zu- erst und man hielt ihr Leiden fürs erste für Gift. Sie wurde in einem Bad gebüht, erkrankte aber in verstärktem Grade, nachdem sie wieder heimgekehrt war. Sie wurde sehr blutarm, litt an Holiß und Verstopfung und schließlich an unerträglichem Schmerzen im Hinterkopf. Trotzdem auch die übrigen Hausgenossen bis auf das einzige Kind, das nur destilliertes Wasser bekam, von den nämlichen Erscheinungen befallen wurden, kam man nicht auf den Verdacht der Weibergiftung, ehe nicht bei der Frau die Gaumen im Munde in einen Zustand geraten waren, der die Aufmerksamkeit des Arztes auf sich zog. Da zeigte sich nun an ihnen die für Weibergiftung eigentümliche Linie. Der Ursprung dieser Erkrankung blieb noch eine Zeitlang rätselhaft, bis endlich eine Probe des Brunnen- wassers chemisch untersucht wurde und einen beträchtlichen Gehalt an kohlensaurem Blei verriet. Auch andere Brunnen in der Umgebung wiesen die nämliche Eigen- schaft auf.

Ueber ein neues Vorbeugungsmittel gegen Weibergif- tung wußte Prof. Gravis-Charlottenburg in der Medizin. Gesellschaft zu berichten. Er schickte voraus, daß der Kör- per sich nie an Blei gewöhne, wie es bei Ursen der Fall sei und ein einmaliges Ueberstehen der Krankheit oft zu einem Wiederauftreten mit schwereren Erscheinungen führe. Die Enttötung der Bleifrankheit sei keineswegs abhängig von der Dauer der Beschäftigung oder der Gefahr des Be- triebes, vielmehr die Widerstandsfähigkeit des einzelnen Zu- bildunms gegen das Gift ausschlaggebend. Gravis hat nun bei seinen Untersuchungen bleiverdächtiger Personen eine Veränderung des Blutes, und zwar in der roten Blut- körperchen rote Fünkchen vorgefunden, die seiner Meinung nach eine zerlegende Tätigkeit verrichten. Bei keiner an-

\* Eine gewisse Vermehrung der amerikanischen Hoch- öfen bildet allerdings nur den Ausgleich für den fortwähren- den Nebergang zu Erzen von geringem Eisengehalt (früher durchschnittlich 75, heute 55—60 Prozent).

deren Vergiftung habe er eine solche Veränderung des Blutes feststellen können, weshalb dieses Anzeichen einmal unzulänglich und andererseits von jedem Arzte leicht konstatabar sei. Wenn die von Kleierkrankungen am meisten bedrohten Arbeiter in gewissen Zwischenräumen auf ihr Blut untersucht würden, so habe man eine neue Methode zum Schutze des gewerblichen Arbeiters. Neben der Anwendung von Nichteisenern, die eine gute Auscheidung von Blei herbeiführen, müsse bei größeren Veränderungen des Blutes ein bleikrankes Arbeiter von seiner eigentlichen Beschäftigung entbunden und für seine Unterbringung in einem anderen Betriebszweige, möglichst im Ausland, gesorgt werden.

### Gerichtliches.

**Nachwehen vom Frankenberger Maurerstreik.** Am 16. Oktober stand der Kollege Ulrich als „Streikführer“ vor dem Chemnitzer Landgericht als Berufungsinstanz. Am 16. Juli d. J. während des Maurerstreiks ging Ulrich auf dem Bürgersteig hinter ihm kam ein Arbeitswilliger per Rad gefahren. Ohne vorher den Arbeitswilligen gesehen zu haben, wufte U. auf die Straße und traf dabei angeleglich den Arbeitswilligen auf den Arm. Dieser sagte diesen Vorgesang als angelegliche Beleidigung auf und erwiderte: „Vorher hatte U. zu einem zweiten Arbeitswilligen gesagt: 'Schämst Du Dich nicht, zu arbeiten, wenn Deine Kollegen streiken?'“ Für die beiden Misstaten hatte ihn das Schöffengericht zu einer Gesamtstrafe von 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Obwohl U. in beiden Fällen eine beleidigende Absicht enthielt in Urede stellte, verwarf das Gericht die von U. eingelegte Berufung. Da jedoch Ulrich am 28. Oktober, also noch vor Zustellung der Strafe an Lungenerkrankung und Leibergiftung verstarb, so ist die in Szene gesetzte große Aktion vergebens gewesen. Die Justiz hat ihr Opfer eingebiit.

### Gewerbegerichtliches.

**Tarifvertrag und Ortsgebrauch.** Kann ein mit einer Arbeiterorganisation geschlossener Tarifvertrag auch für Nichtorganisierte verbindlich werden? Das „Gewerbegericht“ veröffentlicht ein hierauf bezügliche Urteil des O. Kitzdorf. Es ist vom Februar bis 6. März 1905 bei dem O. Kitzdorf im April 1904 zwischen dem Maurer- und Zement- und Deckenbausektionen für Berlin und Borsdorf und dem Zentralverbande der Maurer Deutschlands (Sektion der Zement- und Zementbausektion) abgefolgertem Tarifvertrag (§ 5) für Madschpuzer die Einhaltung einer Kündigungsfrist ganz allgemein gültig ausgeschlossen ist.

U. bestreitet die Gültigkeit dieser Vereinbarung für ihn, da er nicht organisiert sei und dem Zentralverbande der Maurer nicht angehöre. U. wendet demgegenüber ein, daß U. sonst die Vereinbarung für sich habe gelten lassen, indem er den Lohn von 85 J. die Stunde ohne besondere Lohnabrede nach dem Tarifvertrag erhalten und angenommen und auch im übrigen nach den Tarifbestimmungen bezüglich der Arbeitszeit und Arbeitseinteilung gearbeitet habe.

### Die Klage ist abgewiesen.

Aus dem Urteile: Unstreitig ist U., ein nicht organisierter Madschpuzer, vom O. K., ein Mitglied des Zentralverbandes der Zement-, Zement- und Deckenbausektionen für Berlin und Borsdorf, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen worden. Unstreitig haben die Parteien über die Dauer der Kündigungsfrist keine ausdrückliche Rede getroffen. Es würde danach die gesetzliche Kündigungsfrist des § 122 O. D. Platz greifen, wenn nicht, wie U. behauptet, Kündigungsbestimmungen kraft stillschweigender Vereinbarung gelten würde. Dies aber ist vorliegend der Fall. Wie gerichtsbekannt, hat sich im Großberliner Bauarbeiter auf Grund der vor dem Berliner Einigungsamt geschlossenen Tarifverträge die Arbeitsvertragslösung ohne jede Kündigungsfrist ganz allgemein eingebürgert und es hat sich speziell auch auf Grund des vorgelegten Tarifvertrages die feste und durchgängige Gewohnheit entwickelt, daß Madschpuzer usw. ohne jede Kündigungsfrist aufhören und entlassen werden können. Diese Gewohnheit besteht bei den fraglichen Arbeitgebern- und Arbeitnehmerorganisationen. Über auch die Unorganisierten hatten sich, da ihnen beim Übergewicht der Organisierten nicht anders übrig bleibt, überwiegend davon, und im Streitfall nehmen beide Teile die ihnen günstigen Tarifbestimmungen besonders gern und regelmäßig für sich in Anspruch. So muß der Kündigungsbeschluß im Bauarbeiter gewöhnlich als ordentlich und als Verhältnismäßig bezeichnet werden, die als stillschweigend vereinbart gilt, bis das Gegenteil von ihr durch ausdrückliche entgegengesetzte Worte nachgewiesen ist. Demnach § 157 BGB. sind Tarifverträge so anzulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verhältnisse es erfordern. Soweit also die in den Tarifverträgen festgelegten Bestimmungen regelmäßige und ordentliche Gewohnheit und anderweitige Abreden zwischen den Parteien nicht getroffen sind, binden die Verträge auch die beim Abschluß nicht Beteiligten, bei der zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen abgeschlossenen Tarifverträgen also auch die Nichtorganisierten. Mangels einer solchen entgegengesetzten ausdrücklichen Abrede, die nicht bekannt geworden ist, ist also auch U., an dem Kündigungsbeschluß gebunden. Nach dem Urteile des O. K. und Obergerichtes mit Rücksicht auf die Verhältnisse hätte der O. K., wenn er den Kündigungsbeschluß für sich nicht gelten lassen wollte, den O., ein Organisationsmitglied, ausdrücklich darauf aufmerksam machen müssen. Das aber hat U. nicht nur nicht getan, sondern er wollte auch gar nicht den Tarifvertrag für sich abschließen, da er ohne viel Worte in die Arbeit trat, den Lohn von 85 J. die Stunde, wie er im Tarifvertrag normiert ist, stillschweigend annahm und auch sonst nach dem Tarifbestimmungen arbeitete. Nach Treu und Glauben mußte der O. K. unter dem allgemeinen üblichen Verhältnis annehmen, daß U. unter dem allgemein üblichen Verhältnis arbeitete. Nach dieser Rechtsauffassung, die der ständigen Praxis des Berliner O. G. folgt, ist der Anspruch des U. unbegründet.

### Vom Ausland.

**S. Ein nachahmenswertes Beispiel für deutsche Behörden.** Der Direktor der „Assistance publique“ in Paris, eine Behörde, der die Pfandhäuser, Waisen- und Krankenhäuser unterstehen und die ihre Bauten auf eigene Rechnung ausführen läßt und ständig mehrere tausend Arbeiter beschäftigt, hat jedoch eine Bekanntmachung veröffentlicht, die weitere Verbreitung verdient und die wir auch anderen Behörden zur Nachahmung empfehlen können. Sie sei hier vollständig wiedergegeben. Die Elementar- oder Sertentlöhne, von denen in der Bekanntmachung die Rede ist, sind die von den städtischen Architekten unter Zuziehung von Unternehmer und Arbeiter festgesetzten Durchschnittslöhne, die sich meist über dem gezahlten Durchschnitt bewegen und auch bei Gewerbeverrichtungen ausblaggebend sind. Sie betragen pro Stunde für Maurer 80 bis 85 Centimes, Bauhilfsarbeiter 50, Schreiner 80, Klempner 90, Stukkaturer 80, Zimmerer 90, Ofenheizer 84, Sandsteinarbeiter 85, Marmorarbeiter 85 Cent. usw. Die Löhne sind durchschnittlich bei den gelehrten Arbeitern auf 80 bis 90 Cent. und bei den Hilfsarbeitern auf 50 bis 60 Cent. festgesetzt. Einzelne Kategorien wie die Steinmetzen, die 1.20 Fr. bekommen, sind noch besser entlohnt. Ebenso ist die Arbeitszeit durchschnittlich auf täglich neun Stunden festgesetzt und ist nur in Einzelfällen länger, obwohl allgemein die 10stündige Arbeitszeit üblich ist. Die Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut:

Die unten bezeichneten Arbeitsbedingungen sind den Unternehmern der Assistance publique durch die Art. 14 und 15 des Gesetzes des allgemeinen Dienstes (neue und Unterhaltungsarbeiten) vorgeschrieben.

Art. 14. Die Anstellung von Subunternehmern, Solonnenführern und Hilfsarbeitern ist ausdrücklich untersagt. Die bei den Arbeiten der Assistance publique verwendeten Arbeiter müssen auf direkte Rechnung des gerichtlichen Hauptpflichtigen beschäftigt werden, ohne jede Mittelperson.

Art. 15. Der gerichtliche Hauptpflichtige ist gehalten, was die Arbeit auf den Bau- und Zimmerplätzen, in den Werkstätten oder auf den Arbeitsstellen, die zur Ausführung der Arbeiten hergerichtet sind, betrifft, folgende Bedingungen zu befolgen:

- 1. Den Arbeitern oder Angestellten einer wöchentlichen Ruhezeit zu sichern.
- 2. Die Zahl der ausländischen Arbeiter auf ein Zehntel der Gesamtzahl der angestellten Arbeiter jeder Kategorie zu beschränken.
- 3. Den Arbeitern jedes Berufs und in jedem Beruf jeder Kategorie die in der Architekturserie der Stadt Paris bestimmten Elementarlöhne (Anlage 1882) zu zahlen.

Falls der Unternehmer Arbeiter beschäftigt, die durch ihre Körperbeschaffenheit in ein Verhältnis notorischer Minderwertigkeit gegen Arbeiter derselben Kategorie gestellt sind, kann er sie ausnahmsweise in einem höchstens zu einem Fünftel der genannten Sertentlöhne reduzierten Lohn beschäftigen. Die Zahl dieser Arbeiter darf in keinem Fall ein Fünftel der Gesamtzahl der betreffenden Arbeiterkategorie überschreiten.

Wenn die Verwaltung eine Differenz zwischen den nach vorstehenden Bestimmungen gebührenden und den tatsächlich den Arbeitern gezahlten Löhnen konstatiert, wird sie mittels eines Abzuges von der den Unternehmern zustehenden Summe oder auf seine Baution, die überborteilten Arbeiter entschädigen.

4. Beschränkung der täglichen Arbeitszeit entsprechend der diesbezüglichen Serie von 1882. Zur Falle der unbedingten Notwendigkeit kann der Unternehmer mit besonderem Erlaubnis der Verwaltung von dieser Bestimmung befreit werden. Die so gemachten Uebervorteilungen sind um ein Fünftel der oben bezeichneten Normallöhne höher entlohnt.

Makelarbeiten. Die Verwendung von Kleiverkistern ist ausdrücklich verboten.

Die Arbeiter sind gehalten, ihre Mängel, die sie bei der Ausführung der Arbeiten feststellen, dem Unternehmer anzudeuten, wenn sie nicht innerhalb einer Frist von 24 Stunden nach dem Empfange der Baupläne dem Unternehmer gemeldet werden.

Diese Bekanntmachung wird in allen Stabliments- und Bauplätzen der Assistance publique angehängt.

**Ein außerordentlicher Kongress der Gewerkschaften.** Dessenrücksicht wird für die Zeit vom 8.-10. Dezember dieses Jahres in Wien einzubringen. Die Veranlassung hierzu bilden die zwischen dem beiden Kommissionsmitgliedern in Wien und Prag entstandenen Differenzen. Die Prager Gewerkschaftskommission hat nämlich ein Programm aufgestellt, dessen Realisierung nichts weniger als die Vernichtung der Gewerkschaften zur Folge haben würde. An Stelle der einheitlich organisierten Gewerkschaften sollen Nationalverbände treten. Die Schwierigkeiten, die in der österreichischen Arbeiterbewegung durch die dort herrschende Völschpachtigkeit entstehen, will die Prager Kommission dadurch beseitigen, daß sie die jetzt bestehenden Reichsverbände in solche nach Nationalitäten getrennte zerwickeln will. Die Wiener Nationalkommission der Gewerkschaften besträubt vor diesem folgenschweren Schritt, der nur dem Unternehmertum nützen kann und gibt, wie es in einem Aufruf heißt, die Hoffnung aus, nach nicht auf, daß es gelingen werde, auf dem Kongress eine Verständigung zu erzielen. Allerdings ist ein solcher Versuch schon auf einer am 15. Oktober in Wien abgehaltenen Konferenz, an der sämtliche Mitglieder der beiden Kommissionen teilnahmen, gescheitert, ohne aber zu einem Ergebnis zu führen. Auf dem Kongress werden aber die Zentralverbände selbst auch ein Wort mitzureden haben. Die Tagesordnung lautet: Die Differenzen zwischen dem beiden Kommissionsmitgliedern in Wien und Prag, sowie das Verhältnis dieser Kommissionen zu den Zentralverbänden in Österreich. Organisationsfragen mit weniger als 500 Mitgliedern haben das Recht, einen Delegierten zu entsenden, bei weniger als 1000 zwei, bei mehr als 1000 drei, für jede weitere 500 Mitglieder einen weiteren Delegierten. Die Annahme der Delegierten hat bis 1. Dezember zu erfolgen und zwar an der Sekretariat der Gewerkschaftskommission in Österreich, Wien, VI.

**Schweiz.** Gegen die „direkte Aktion“ hat der Schweizer Typographenbund in seiner Delegiertenversammlung am 22. Oktober Stellung genommen. Nicht durch die direkte Aktion, heißt es, ist es zu der zur Annahme gelangten Resolution, sondern nur durch eine beständige, praktische Organisationsarbeit eine Verwirklichung der Arbeitszeit erreicht werden kann. Der Schweizerische Typographenbund hält daher an seiner alten, bewährten Taktik fest, im Bewußtsein, daß dies allein der richtige Weg ist, welcher zunächst zum Achtstundentag und schließlich zur vollständigen Völschheit führt. Gerade die „direkte Aktion“ empfiehlt propagieren, heißt nichts anderes, als was durch Jahrzehntelange, mühselige

und opfervolle Arbeit aufgebaut wurde, in einem einzigen Augenblick unwillig auf Spiel setzen. Unsere Arbeiterorganisation darf es sich nicht gestatten, ihre Zeit mit der Verfolgung aussichtsloser Probleme zu verlieren, sondern sie muß ihre ganze Tätigkeit darauf richten, die Arbeiter durch eine planmäßige und unerermüdete Agitation zu sammeln und zu einigen. Unter den bestehenden Verhältnissen würde durch die „direkte Aktion“ nicht der Arbeiterorganisation, sondern deren Gegner ein Dienst erwiesen werden. — Ganz unsere Meinung.

Schweiz. In St. Gallen verfügte die Regierung das Verbot der Verwendung von Kleiverkisten für den ganzen Kanton.

### Versehiedenes.

Giftige Tapeten und Borden. Auf Anregung der Filiale Breslau deutscher Tapezierer unternimmt dieser Verband zurzeit Ermittlungen nach Tapeten und Borden, die leicht färbend, sehr stäubend oder die während der Verarbeitung Zeichen von Giftigkeit nachweisen, d. h. deren Verarbeitung Unwohlsein, stehenden Kopfschmerz, Erbrechen sowie völlige Vergiftung hervorruft. Leider werden zur heutigen Tapetenfabrikation nachweislich ohne Rücksicht auf das Leben und die Gesundheit der in Frage kommenden Personen Arsenik, Blei, Kupfer usw. verwendet. Der Verband bittet daher alle Meister und Gehilfen, Proben derartigen Tapeten nebst Angaben über Verarbeitung und Folgen sowie überhaupt Meldungen von Unfällen, die oben angeführte Wahrnehmungen berühren, baldigst mitzuteilen, damit weitere Schritte unternommen werden können. Diesbezügliche Meldungen und Sendungen vom Tapetenproben sind zu schicken an: Albert Bachs, Breslau 9, Kleine Fürstenstr. 21.

Deutsche Heimarbeit-Ausstellung in Berlin. Die gemeinsam von bürgerlichen Sozialpolitikern unter Führung des Büreaus für Sozialpolitik und von Vertretern der Arbeiterorganisationen (freien Gewerkschaften, betrieblichen Gewerkschaften, christlichen Gewerkschaften) betriebenen Vorbereitungen sind soweit gediehen, daß die Veranstaltung der Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit und Hausindustrie für Mitte Januar (17. Januar) bis Ende Februar nächsten Jahres fest steht, und zwar in mehreren geräumigen Sälen der alten Kunstakademie, unter den Linden Nr. 38. Es ist beabsichtigt, ein möglichst vollständiges Bild der gesamten deutschen Heimarbeit durch Vorführung ihrer Erzeugnisse in vier Hauptgruppen: Metall, Holz, Bekleidung, Lebens- und Genussmittel, mit zahlreichen Unterabteilungen zu geben. Dabei sollen die Waren mit Angaben über die Arbeitszeit und die Löhnhöhe versehen werden. Literarische Hilfsmittel, Kataloge und bildliche Darstellungen werden zu weiterer Erläuterung herangezogen. Geschäftsstelle ist bis auf weiteres das Büreau für Sozialpolitik, Berlin W. 30, Rollendammstr. 29/30.

### Literarisches.

Bei dem regen Interesse, das die deutschen Arbeiter den Ereignissen in Rußland entgegenbringen, wollen wir unsere Leser daran erinnern, daß in der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen illustrierten Unterhaltungschrift „In Rußlands Stunden“ ein Roman erschienen ist, der sich mit Rußlands Zuständen befaßt. Es ist dies Jules Verres „Der Kurier des Jaren“. Wir machen unsere Leser auf die wöchentlich erscheinende Romanhilschrift besonders aufmerksam, die außerdem noch den sehr spannend und interessant geschriebenen Roman von Otto Reuvs „Das Vermächtnis des Pöblers“ und andere kleine Erzählungen und Erzählungen interessanter und belehrender Art bringt. Soeben ist Heft 43 erschienen; die Hefte sind durch alle Parteiluchhandlungen zum Preise von 10 J. zu beziehen.

Von dem zweiten Band der „Sozialpolitikern-Organisationsgeschichte“ von G. Zerkow. Wir haben den 1. Band (1904) bereits besprochen und erweist sich als ein recht interessantes und gründliches Buch. Der 2. Band beginnt am 1. September 1905 mit dem 20. Kapitel: „Ueberwindung des Absolutismus“ hat folgenden Inhalt: 1. Die Eroberung Polens. — Dynastisches oder völschpachtliches Interesse? — In jedem Hofe anders sprechen. — Das Bekenntnis zum Ehrgeiz. — Der erste Sieg. — Bündnis mit Frankreich. — Zweifacher Bruch des Bündnisses und Sonderfriede mit Österreich. — 2. Die resignierte Stimmung. — Neue Gefahr und neuer Vorstoß. — Ein ungünstiger Fehlschlag. — Drei Siege. — Die russische Gefahr. — Der neue Friede. — Gute Vorsätze für die Zukunft. — 3. Wirtschaftspolizei. — Beilegung des Streiks an der Spitze des Absolutismus. — Monopolisierung der oberen Verwaltung für die Junker. — Kampf um die Bauern. — 4. Rabinetregierung. — Der König als Löwe der Republik. — 5. Das kaiserliche Regiment. — Die persönliche Philosophie des Königs. — Aufklärungsvorboten. — Förderung der Sitten in der herrschenden Gesellschaft. — Die Hefte sind zum Preise von 20 J. durch jede Parteiluchhandlung zu beziehen. Die bereits erschienenen Hefte können nachbezogen werden.

Gesundheitsbuch in Staat, Gemeinde und Familie. Herausgegeben unter Mitwirkung von Dr. H. H. und Fachgelehrten von C. M. Wurm. Mit 10 Tafeln und 124 in den Text gedruckten Abbildungen. 824 Seiten. Preis aufgebunden 4 M. Stuttgart, Verlag von S. H. W. Dieß nach. Im Buchhandel werden seit Jahren eine Reihe von Gesundheitsbüchern verbreitet, die nicht nur sehr teuer — beispielsweise kosten Hitz 22.50 M., Blasen 22.50 M. — sondern auch für den Verleger unannehmbar hoch sind. Der rühmlichst bekannte Verlag von S. H. W. Dieß nach hat nun, um diesem Uebelstand abzuwehren, dem Gemessen C. M. Wurm mit der Herausgabe eines solchen Gesundheitsbuches beauftragt, das allen Anforderungen, die ein Arbeiter an ein solches Buch stellen darf, genügt, und außerdem ein solches Buch billiger als bisher vertrieben wird. Dieses Buch, Wurm's Gesundheitsbuch, ist demnach auch von der sachverständigen Presse außerordentlich gut aufgenommen worden. Es kann als ein hervorragendes, höchst nützliches Werk bezeichnet werden. Wir können dieses Buch, von dem jetzt eine zweite Auflage zu dem außerordentlich billigen Preis von 4 M. hergegeben worden ist, allen Kollegen nur wärmstens empfehlen.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und W. H. Damm. Verlag: Berlin W. 18. Preis für das Einzelnheft 10 J., pro Monat 40 J., pro Vierteljahr 110 J., pro Halbjahr 220 J., pro Ganzjahr 440 J., durch Postsendung um 25 J. höher. Bestellungen sind an die Verleger zu richten. Die Hefte sind zum Preise von 10 J. zu beziehen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die internationale Prosperität. — Die weniger günstigen Faktoren: abermalige Diskontierung, künstliche Exportförderung vor dem 1. März 1906, die russische Entwicklung.

Zuversicht auf fortschreitenden Aufschwung und Misstrauen in die Festigkeit des bereits Erreichten mischen sich fortgesetzt in selbster und seltener Weise. Nicht nur die unbestimmten Anzeichen, sondern die schlagenden Beweise der Prosperität sind zweifellos unübersehbar. Wir legen bereits dar, wie die deutsche Kohlen- und Eisen-Produktionsstatistik Rekordziffern verzeichnet. Aus der Maschinenbranche wird vielfach berichtet, daß sie wegen Ueberhäufung mit Aufträgen die Lieferfristen nicht einhalten kann. Die Elektroindustrie kann, nach einer neueren sachmännischen Beurteilung, an Dredges haben, soviel sie will. Die Schiffsbauaufträge wachsen zusehends, noch vor der Flottenvorlage. Die Eisenbahnen haben alle bisher bekannnten Verkehrshöhen weit überschritten. Sogar Zweige, die unter maßloser Uebergründung und -Erzeugung in den letzten Jahren in so heilloser Verwirrung gerieten, wie die Zementherzeugung — heute eine Grundlage aller Tief- und Hoch-, Land- und Wasserbauten — erholen sich in den Breiten und gelangen zu der immer wieder gescheiterten Verständigung, weil die Voraussetzungen für die kostlose gegenseitige Unterbietung mit dem flatternden Absatz hinweggefallen sind. Die Banken, die schon wieder Erhöhungen des eigenen Kapitals vornehmen (die Deutsche Bank um nicht weniger wie 20 Millionen Mark), können den Ansprüchen der Geschäftswelt für Neuschöpfungen, Geschäftserweiterungen und laufenden Betrieb kaum nachkommen.

Diese Strömung kehrt in allen westlichen Ländern, in Belgien, der Schweiz, in Italien, Frankreich, wenn auch in verschiedener Stärke, wieder. Selbst das altersschwache, mit zahllosen Gebrechen geschlagene Deutsche erfährt wirtschaftlich einen Aufschwung.

Außer in Deutschland scheint er am lebhaftesten in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo wiederum der Eisenmarkt im Mittelpunkt der fast allgemein sich ausbreitenden Prosperität steht. Alle großen Stahlkompagnien „arbeiten“ mit dem Aufwand aller Kraft; neue Hochöfenbauten haben begonnen — und in Amerika baut man, um die teure Menschenkraft auszusparen, und alle Arbeit möglichst mechanisch vollziehen zu lassen, im Durchschnitt Anlagen von 600 Tonnen Tagesleistung, so daß jedes in Gang gesetzte Werk eine erstaunliche Produktionsvermehrung darstellt. In dem letzten uns zugegangenen „New Yorker Arbeitsbulletin“ wird festgestellt, daß die wirtschaftliche Hebung Mitte des Jahres 1904 eingeleitet habe und seitdem ununterbrochen an Kraft gewonnen sei, so daß heute (im September) weniger Arbeitslose vorhanden sind als selbst 1902, dem günstigsten Jahr des ganzen Jahrzehnts. Parallel läuft, wie der Bericht weiter erzählt, die Zunahme der Gewerkschaften an Mitgliedern, ferner die wachsende Anziehungskraft des amerikanischen Arbeitsmarktes nach außen hin; die Einwanderung überflutet abermals alle gesetzlich-künstlich geschaffenen Dämme.

Aber die Freude ist keine unbegrenzte. In allen Ländern haben wir Diskontsätze, die für die Anfangsperiode eines Aufschwunges außergewöhnlich hoch sind und die für viele geschäftliche Dispositionen einen schweren Stein des Anstoßes bilden, weil von der Leichtgläubigkeit und bequemen Heranziehbareit des Fremden, in erster Linie in den Banken konzentrierten Reichtums, laufend der geschäftliche Erfolg und die vorwärtstreibende geschäftliche Unternehmungslust weitesther kapitalistischer Kreise abhängt. Unsere Leser kennen die bisherige Entwicklung bereits; statt einer Milderung ist zuletzt eine Verschärfung eingetreten: die Deutschen Bank hat am 4. November ihren Diskont abermals um 1/2 Prozent (von 5 auf 5 1/2 Prozent) gesteigert, so daß in diesem Jahre folgende Zinssätze sich ergaben:

Table with 2 columns: Date, Interest Rate. Rows: 25. Februar 3 Prozent, 11. September 4, 3. Oktober 5, 4. November 5 1/2.

Ferner macht man einschränkend geltend, daß viele Exportzweige augenblicklich nur deshalb angepannt tätig sind, weil in fast allen Absatzländern vom 1. März 1906 ab höhere Zölle zur Anwendung kommen, und weil man natürlich möglichst viel Waren noch unter der niedrigeren Verzollung über die österreichische, schweizerische, belgische, russische... Grenze zu bringen sucht. Entsprechend weniger wird man alsdann nach dem 1. März 1906 ausführen. Bei der Mac Kinleybill von 1890 machten die deutschen Arbeiter bekanntlich sehr fühlbar die die ähnliche Erfahrung: vorher trieb man bei uns die Produktion nochmals fieberhaft empor, bis alle amerikanischen Lager überfüllt waren; nachher gingen die Lieferungen doppelt zurück. Wie weit beruht die heutige Mehrproduktion auf solchen vergänglichen Berechnungen; wie weit muß also ein Rückschlag im nächsten Frühjahr eintreten? Für einzelne Industrien stößt man hier auf recht pessimistische Anschauungen, die wir jedoch für recht übertrieben halten.

Eine dritte dunkle Wolke bildet die russische Entwicklung. Tage- und wochenlang hat der Landverkehr nach und von Rußland, selbst der postalische Nachrichtenverkehr nicht nur der Warentransport, vollständig versagt; der Schiffsverkehr geriet teilweise ins Stocken. Hat hier das deutsche Produktivkapital, soweit es für den Export in Frage kommt, hat der deutsch-russische Handel in Zukunft mit zunehmender Beruhigung oder mit zunehmender Zerrüttung zu rechnen? Die gleiche Frage quält andere Länder. Wie ein Alp lastet sie jedoch zeitweise auf der internationalen Großfinanz und ihrem, oft recht kleinbürgerlichen Gefolge: wenn Rußland ungewollt dem Staatsbankrott verfällt, oder wenn eine neue Wera die Schulden des alten Absolutismus vollbewußt nicht anerkennt, so sind Milliarden französischen, holländischen, deutschen Rentenbesitzes verloren, und die Weiten auf dem kapitalistischen Gebiet müßten sich natürlich nach dem verhängnisvollsten Seiten, auch in den Kreis der Produktion, fortplanzen — ganz abgesehen davon, daß es für andere Länder von eminentester Wichtigkeit ist, ob die Kaufkraft der russi-

sehen Bevölkerung für fremde Industriewaren und die russische Lieferfähigkeit für billige Lebensmittel aufwärts oder niederwärts geht. Hier klappt unsere Geschäftswelt vollkommen im Dunkeln. Am 27. Oktober erlebte die Berliner Börse, auf Grund der Aufstands- und Ausstandsnachrichten, eine förmliche Panik. Die russische Bank für auswärtigen Handel notierte fast 9 Prozent unter dem vortägigen Kurs, die russischen Staatsanleihen bis zu 4 Proz. tiefer. Fast alle anderen Werte wurden in diesen Strudel hineingerissen; die ersten Banken hatten an dem einen Börsentage einen Kursfall von 3 bis 4 Proz. zu verzeichnen, führende Spekulationswerte des Industrieaktienmarktes Abschlüge bis zu 7 Proz. Der, auch aus allgemeinen Rücksichten auf die Geldknappheit vielbefohlene Plan der neuen internationalen Russenanleihe von 1800 Millionen Frank war damit, auf absehbare Zeit, als gescheitert anzusehen. Aber schon am 31. Oktober wurde das Verfassungsmanifest des Zaren mit einer stürmischen Aufwärtsbewegung der Kurse beantwortet; so gewannen die Aktien der erwählten russischen Bank für auswärtigen Handel an dem einen Tage wieder 10 Proz., die 4prozentige russische Anleihe von 1902 wieder 3,70 Proz.

Mit solchen ungünstigen und unsicheren Faktoren werden wir weiter rechnen müssen. Und was speziell Rußland angeht, so ist eine Rückwirkung auf den Weltmarkt heute schon unbestreitbar: das Ausbleiben des russischen Getreides hat in Verbindung mit ungünstigen amtlichen Berichten über den Fortgang der deutschen Feldbestellung und Winterausfaat, Ende Oktober die Kornpreise rasch emporgetrieben, so daß wir zu den hohen Fleischpreisen mehr und mehr hohe Brotpreise erhalten. Am 25. Oktober notierten am Berliner Markt 1000 Kilogramm:

Table with 5 columns: Year, Weizen, Roggen, Hafer, Mais. Rows: 1905, 1904, 1903, 1902, 1901. Source: Berlin. Max Schippel.

Die Gewerkschaften Japans.

Ueber die japanischen Arbeitsverhältnisse berichtete in einem amerikanischen Blatte der Japaner Suzuki, der im Sommer d. J. im Auftrage seiner Regierung in den Vereinigten Staaten weilte. Zun Suzuki wird als der Begründer der Gewerkschaftsbewegung in Japan betrachtet. Die Bewegung wurde von der Regierung selbst eingeleitet, nachdem eine genaue Untersuchung über die Art und Weise der Arbeiterorganisationen in Europa, ganz besonders aber in England, vorausgegangen war. Die Japaner richteten nun diese Gewerkschaften nach einer eigenen Auffassung ein, der man es noch recht deutlich anmerkt, daß sie von oben stammt.

„Vor zehn Jahren“, sagt Suzuki, „ging Japan erst an Maschinen, die die modernen Maschinen ersetzten. Das arbeitende Volk in Japan ist nicht nur arm, sondern auch unwissend, und wir brachten die Gewerkschaften als Erziehungs- und Bildungsinstitutionen. Die ersten Vereinigungen bildeten die Eisenarbeiter, die Buchdrucker und die Zimmerleute. Diese drei Arten galten uns damals mit Bezug auf die neuen Maschinen als die wichtigsten. Die Regierung kümmerte sich angelegentlich um die Einführung von Neuerungen und ließ die Arbeiter darin unterweisen, wie vorteilhaft und nützlich die Maschinenarbeit sei. In dem Maße, wie die Arbeiter die Produktion zu steigern und die Arbeiter brachte die Gewerkschaft, die Arbeiter formierten bald sehr energisch die Einführung von modernen Maschinen! Sobald die Arbeiter ihre Macht als Union erkannten, hatten wir auch mit dem großen Problem der Streiks zu tun. Aber bei unseren Streiks handelte es sich bisher nicht um höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeit. Die Arbeiter streikten, wenn eine Fabrik sich weigerte, Maschinen anzuschaffen oder wenn alte und schlechte Maschinen zur Anwendung gelangen, so daß die Arbeit erschwert wird; sie streikten, wenn sie mit dem Werführer unzufrieden sind oder wenn sie ihn für unfähig halten. Die Arbeiterführer sind meist Leute, die in Europa auf Kosten der Regierung studiert haben; sie steigen nicht wie in Europa oder Amerika aus den Reihen der Arbeiter selbst empor.

Die Löhne sind sehr, sehr niedrig; sie sind zu niedrig, denn nur für die bescheidenste Nahrung und Notdurft des Lebens reichen sie aus und nichts bleibt dem Arbeiter übrig. Dennoch ist die Masse sehr geduldig, und es fanden bis jetzt keine Streiks statt zur Verbesserung dieser Verhältnisse. Das liegt zum Teil daran, daß die Arbeiter der Sorge um die Zukunft enthoben sind und sich bei Unglücksfällen an ihren Arbeitgeber um Hilfe wenden können. Unter unserem patriarchalischen Verhältnis hat der Arbeitgeber die Pflicht, für seine Arbeiter zu sorgen. Anstatt Lohnerhöhungen zu geben, sammelt der Arbeitgeber einen Fonds an, indem er jährlich einen Prozentatz des Profits zum besten der Arbeiter zurücklegt. Während einer Krankheit und in hohem Alter, bei Unglücksfällen in der Familie und bei Arbeitsunfähigkeit überhaupt wird der Arbeiter aus einem solchen Fonds unterstützt. Das ist natürlich ein sehr mangelhaftes System, aber die Leute waren bisher damit zufrieden.

Die Gewerkschaften machen große Fortschritte. In den Städten wie auf dem Lande, überall, wo es industrielle Anlagen gibt, bildet sich eine Union unter den Arbeitern. Man hat häufig Gewerkschulen damit verbunden, die sich großer Beliebtheit erfreuen.

Die gefährlichsten und die Ordnung am meisten störenden Elemente, die wir gegenwärtig in Japan haben, sind der Sozialismus und — was wir Christentum nennen. In beiden Fällen haben wir es mit etwas anderem zu tun, als was man in Europa darunter versteht. Das arbeitende Volk wird ruhelos, es fühlt, daß es nicht glücklich ist; der einzelne wird veranlaßt, sich zu viel Wichtigkeit beimessen gegenüber dem Staat, und das scheinen uns die Einflüsse des Christentums zu sein. — Unter Sozialismus, der mit rapider Geschwindigkeit Verbreitung gewinnt, ist nichts weiter als eine bestimmte Form der Erregung und Unzufriedenheit in den Volksmassen; es fehlt das Verständnis für einen wissenschaftlichen Gehalt darin.

Soweit der Regierungsmann Suzuki, Er dürfte wohl

in kurzer Zeit noch Enttäuschungen erleben, wenn er glaubt, daß sich die Arbeiter mit den Wohlfahrtsanstalten der Unternehmer auf die Dauer begnügen werden, denn bereits am 18. Juni schrieb das Organ der japanischen Sozialisten: „Langsam nur lernen die japanischen Arbeiter, wie sie den Kapitalisten in organisierten Massen entgegenzutreten haben, um Zugeständnisse zu erlangen. Um so mehr freut uns ein Sieg, den kürzlich 7000 Kohlenarbeiter in Port Moji gewannen. Nach einem Streik von zwei Tagen wurde ihnen eine Lohnerhöhung von 10 Proz. bewilligt.“

Daß das Christentum hier als Erreger der Unzufriedenheit hingestellt wird, dürfte nicht nach dem Geschmack der Vertreter unseres offiziellen Christentums sein, das die Volksmassen zur Geduld, Zufriedenheit und Anpruchslosigkeit zu erziehen versucht. Was den japanischen Sozialismus angeht, so wird er wohl bald genug infolge der kapitalistischen Entwicklungstendenzen jenen wissenschaftlichen Gehalt empfangen, den Suzuki derweilen noch vermisst.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Aufhebung des Hilfskassengesetzes? Nützlich wurde berichtet, daß dem Bundesrat ein Gesetzentwurf zugegangen sei, der die Aufhebung des Gesetzes über die eingeschriebenen freien Hilfskassen bezweckt. Um Gewißheit zu erhalten, haben einige Mitglieder des Zentralrats der Reichs- und Provinzialen Gewerkschaften dem Staatssekretär v. Posadowski einen Besuch abgestattet, über dessen Ergebnis sie im „Gewerkeverein“ berichten, daß beabsichtigt sei, um den schwindelhaften Gründungen entgegen zu wirken, das ganze Gesetz aufzuheben, jedoch sollen die soliden Kassen der Arbeiterberufsvereine bestehen bleiben; aber auch sie sollen dem Aufsichtsamt für Versicherungsunternehmungen unterstellt werden. Dieses Aufsichtsamt hat auch die finanzielle Grundlage der „Versicherungsunternehmer“ zu prüfen. Mit Unterstellung der freien Hilfskassen unter das Aufsichtsamt will man die unsoliden Gebilde unter jenen im Anbeginn unterdrücken können, bevor sie noch Schaden angerichtet haben. Das ist selbstredend ein dringender und löblicher Zweck. Betrüger finden aber auch bei der schärfsten Kontrolle noch Hintertüren genug, durch die sie ein- und wieder hinausschlüpfen können. Mit Aufhebung des ganzen Gesetzes wird es andererseits aber auch den Arbeiterberufsvereinen sehr erschwert, solide Kassen zu gründen und aufrecht zu erhalten. Sobald daher der Gesetzentwurf über die Aufhebung des Hilfskassengesetzes publiziert worden ist, werden alle Vorstände von freien Hilfskassen und Freunde freier Selbsthilfe alle Veranlassung haben, in eine sorgfältige Prüfung darüber einzutreten, ob der Begründung und guten Entfaltung solcher Hilfskassen der Weg nicht noch mehr beschränkt wird.

Krankenkassen dürfen für den Besuch von Krankentagekongressen keine Diäten gewähren entschied die Preisbauptmannschaft Leipzig. Die Ortskrankenkasse Müggeln bei Schag hatte die letzte Versammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich in Dresden besucht und hierfür aus Kassenmitteln Diäten gewährt. Das hatte die Amtsbauptmannschaft Schag als Aufsichtsbehörde erfahren, die die Rückzahlung der Gelder an die Kasse anordnete. Gegen die Verfügung legte der Kassenvorstand Berufung bei der Preisbauptmannschaft ein. Sie führte aus, daß in neuerer Zeit durch eine ganze Reihe von Entscheidungen, z. B. in Diefeld, Bremerhagen usw. es den Kassen gestattet worden sei, Aufwendungen für den Besuch solcher Kongresse zu machen und daß auch bereits im Königreich Sachsen von vielen Behörden solche Aufwendungen gebildet würden. Auf dem fraglichen Kongreß selbst seien diesbezügliche gerichtliche Entscheidungen bekannt gegeben worden. Die Preisbauptmannschaft verwarf aber die Berufung und stimmte der amtsbauptmannschaftlichen Anordnung bei. Sie verweist kurz auf das Krankenversicherungsgesetz, das nur Krankenkassenverbände innerhalb des Bezirks einer Aufsichtsbehörde kenne.

Weibergiftungen durch hartes Wasser. Weibergiftungen durch Trinkwasser sind häufig, wenn das Wasser durch Bleiröhren geleitet wird oder sonstige mit diesem Metall in Berührung zu kommen Gelegenheit hat. Bisher nahm man an, daß diese Fälle auf die Benutzung von sehr weichem Flachlandwasser beschränkt und daß harte Quellwasser nicht fähig seien, giftig wirkende Mengen von Blei in sich aufzunehmen. Das ausschlaggebende Moment ist dabei der Gehalt an Kohlensäure, die auf das Blei lösend wirkt. Wie jetzt dem „Vorwärts“ gemeldet wird, beschrieb Dr. Thresh in Lancet einen Fall von erster Bleivergiftung in einer Familie, die ihren Wasserbedarf einem Brunnen im Garten entnahm. Die Hausfrau erkrankte zuerst und man hielt ihr Leiden für erste für Gift. Sie wurde in einem Bad geheilt, erkrankte aber in verstärktem Grade, nachdem sie wieder heimgekehrt war. Sie wurde sehr blutarm, litt an Kolik und Verstopfung und schließlich an unerträglichen Schmerzen im Hinterkopf. Trotzdem auch die übrigen Hausgenossen bis auf das einzige Kind, das nur destilliertes Wasser bekam, von den nämlichen Erscheinungen befallen wurden, kam man nicht auf den Verdacht der Bleivergiftung, ehe nicht bei der Frau die Aufmerksamkeit des Arztes auf sich zog. Da zeigte sich nun an ihnen die für Bleivergiftung eigentümliche Linie. Der Ursprung dieser Erkrankung blieb noch eine Zeitlang rätselhaft, bis endlich eine Probe des Brunnenwassers chemisch untersucht wurde und einen beträchtlichen Gehalt an kohlensaurem Blei verriet. Auch andere Brunnen in der Umgebung wiesen die nämliche Eigenschaft auf.

Ueber ein neues Vorbeugungsmittel gegen Bleivergiftung wußte Prof. Gravid-Charlottenburg in der Medizin. Gesellschaft zu berichten. Er schickte voraus, daß der Körper sich nie an Blei gewöhne, wie es bei Arsen der Fall sei und ein einmaliges Ueberleben der Krankheit oft zu einem Wiederauftreten mit schwereren Erscheinungen führe. Die Entstehung der Bleivergiftung sei keineswegs abhängig von der Dauer der Beschäftigung oder der Gefahr des Betriebes, vielmehr die Widerstandsfähigkeit des einzelnen Individuums gegen das Gift ausschlaggebend. Gravid hat nun bei seinen Untersuchungen bleiverdächtige Personen eine Veränderung des Blutes, und zwar in den roten Blutkörperchen rote Fünkchen vorgefunden, die seiner Meinung nach eine zerkleinernde Tätigkeit verrichten. Bei keiner an-

\* Eine gewisse Vermehrung der amerikanischen Hochöfen bildet allerdings nur den Ausgleich für den fortschreitenden Uebergang zu Erzen von geringerem Eisengehalt (früher durchschnittlich 75, heute 55—60 Prozent).

deren Vergiftung habe er eine solche Veränderung des Blutes feststellen können, weshalb dieses Anzeichen einmal untrüglich und andererseits von jedem Arzte leicht konstatierbar sei. Wenn die von Bleierkrankungen am meisten bedrohten Arbeiter in gewissen Zwischenräumen auf ihr Blut untersucht würden, so habe man eine neue Methode zum Schutze des gewerblichen Arbeiters. Neben der Anwendung von Lichtbädern, die eine gute Ausscheidung von Blei herbeiführen, müsse bei größeren Veränderungen des Blutes ein bleikranker Arbeiter von seiner eigentlichen Beschäftigung entbunden und für seine Unterbringung in einem anderen Betriebszweige, möglichst im Außendienst, gelorgt werden.

## Gerichtliches.

**Nachwehen vom Frankfurter Maurerstreik.** Am 16. Oktober stand der Kollege Ulrich als „Streikführer“ vor dem Chemnitzer Landgericht als Berufungsinstanz. Am 16. Juli d. J. während des Maurerstreiks ging Ulrich auf dem Witzgersteig hinter ihm kam ein Arbeitswilliger per Rad gefahren. Ohne vorher den Arbeitswilligen gesehen zu haben, sprang er auf die Straße und traf dabei angeblich den Arbeitswilligen auf den Arm. Dieser fasste diesen Vorgang als angelegliche Beleidigung auf und erstattete Anzeige. Vorher hatte U. zu einem zweiten Arbeitswilligen gesagt: „Schämst Du Dich nicht, zu arbeiten, wenn Deine Kollegen streiken?“ Für die beiden Missetaten hatte ihn das Schöffengericht zu einer Gesamtstrafe von 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Obwohl U. in beiden Fällen eine beileidigende Absicht entschieden in Abrede stellte, verwarf das Gericht die von U. eingelegte Berufung. Da jedoch Ulrich am 28. Oktober, also noch vor Zustellung der Strafe an Sünningenszindung und Bleivergiftung verstarb, so ist die in Exzese geführte große Aktion vergebens gewesen. Die Justiz hat ihr Opfer eingebüßt.

## Gewerbegerichtliches.

**Tarifvertrag und Ortsgebrauch.** Kann ein mit einer Arbeiterorganisation geschlossener Tarifvertrag auch für Nichtorganisierte verbindlich werden? Das „Gewerbegericht“ veröffentlicht ein hierauf bezügliches Urteil des O. G. Nidwori. Es ist vom Februar bis 6. März 1905 bei dem Vell. als Mahlpöcher beschäftigt gewesen. Am letztgenannten Tage ist er ohne Kündigung entlassen worden. Indem er behauptet, daß bei seiner Annahme über Kündigung nichts vereinbart worden sei, die gesetzliche 14tägige Kündigungsfrist daher gegolten habe und daß er infolge der plötzlichen Entlassung einen Lohnausfall für 14 Tage = 108 Stunden à 85 S. gehabt habe, beantragt er, den Vell. zu verurteilen, an ihn 91.80 M. zu zahlen. Vell. beantragt Klageabweisung, weil nach dem zwischen dem Verbande der Gips-, Zement- und Zementbaugeschäfte für Berlin und Vororte und dem Zentralverbande der Maurer Deutschlands (Sektion der Gips- und Zementbranche) abgeschlossenen Tarifvertrag (§ 5) für Mahlpöcher die Einhaltung einer Kündigungsfrist ganz allgemein gültig ausgeschlossen ist.

U. bestreitet die Gültigkeit dieser Vereinbarung für ihn, da er nicht organisiert sei und dem Zentralverbande der Maurer nicht angehöre. Vell. wendet demgegenüber ein, daß U. sonst die Vereinbarung für sich habe gelten lassen, indem er den Lohn von 85 S. die Stunde ohne besondere Lohnabrede nach dem Tarifvertrag erhalten und angenommen und auch im übrigen nach den Tarifbestimmungen bezüglich der Arbeitszeit und Arbeitseinteilung gearbeitet habe.

Die Klage ist abgewiesen.

Aus den Gründen: Unstreitig ist U., ein nicht organisierter Mahlpöcher, vom Vell., einem Mitglied des Verbandes der Gips-, Zement- und Zementbaugeschäfte für Berlin und die Vororte, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen worden. Unstreitig haben die Parteien über die Dauer der Kündigungsfrist keine ausdrückliche Rede getroffen. Es würde danach die gesetzliche 14tägige Kündigungsfrist des § 122 O. G. maßgebend sein, wenn nicht, wie Vell. behauptet, Kündigungsfrist kraft stillschweigender Vereinbarung gelten würde. Dies aber ist vorliegend der Fall. Wie gerichtlich bekannt, hat sich im Großberliner Baugewerbe auf Grund der vor dem Berliner Einigungsamt geschlossenen Tarifverträge die Arbeitsvertragslösung ohne jede Kündigungsfrist ganz allgemein eingebürgert und es hat sich speziell auch auf Grund des vorgelegten Tarifvertrages die feste und durchgängige Übung entwickelt, daß Mahlpöcher usw. ohne jede Kündigung entlassen und entlassen werden können. Diese Übung besteht zunächst bei den fraglichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Aber auch die Unorganisierten halten sich, da ihnen beim Uebergewicht der Organisierten nichts anderes übrig bleibt, überwiegend daran, und im Streitfall nehmen beide Teile die ihnen günstigen Tarifbestimmungen besonders gern und regelmäßig für sich in Anspruch. So muß der Kündigungsanspruch im Baugewerbe geradezu als ortsüblich und als Verkehrsbrauch bezeichnet werden, die als stillschweigend vereinbart gilt, bis das Gegenteil von ihr durch ausdrückliche entgegengesetzte Abrede nachgewiesen ist. Denn nach § 157 BGB. sind Verträge so anzulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern. Soweit also die in den Verträgen festgelegten Bestimmungen regelmäßige und ortsübliche geworden und anderweitige Abreden zwischen den Parteien nicht getroffen sind, binden die Verträge auch die beim Abschluß nicht Beteiligten, bei den zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen abgeschlossenen Tarifverträgen also auch die Nichtorganisierten. Mangels einer solchen entgegengesetzten ausdrücklichen Abrede, die nicht behauptet worden ist, ist also auch U. an den Kündigungsanspruch gebunden. Nach den Umständen von Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte hätte der U., wenn er den Kündigungsanspruch für sich nicht gelten lassen wollte, den Vell., ein Organisationsmitglied, ausdrücklich darauf aufmerksam machen müssen. Das aber hat U. nicht nur nicht getan, sondern er wollte auch gerichtlich den Tarifvertrag für sich ausschließen, da er ohne viel Worte in die Arbeit trat, den Lohn von 85 S. die Stunde, wie er im Tarifvertrag normiert ist, stillschweigend annahm und auch sonst nach den Tarifbestimmungen arbeitete. Nach Treu und Glauben mußte der Beklagte auch nach diesem ganzen Verhalten annehmen, daß U. unter den allgemeinen üblichen Bedingungen arbeite. Nach dieser Rechtsauffassung, die der klagenden Praxis des Berliner O. G. folgt, ist der Anspruch des U. unbegründet.

## Vom Ausland.

**S. Ein nachahmenswertes Beispiel für deutsche Behörden.** Der Direktor der „Assistance publique“ in Paris, eine Behörde, der die Irrenanstalten, Waisens- und Krankenhäuser unterstehen und die ihre Bauten auf eigene Rechnung ausführen läßt und ständig mehrere tausend Arbeiter beschäftigt, hat soeben eine Bekanntmachung veröffentlicht, die weitere Verbreitung verdient und die wir auch anderen Behörden zur Nachahmung empfehlen können. Sie sei hier vollständig wiedergegeben. Die Elementar- oder Serienlöhne, von denen in der Bekanntmachung die Rede ist, sind die von den städtischen Architekten unter Zuziehung von Unternehmer und Arbeiter festgesetzten durchschnittlichen Löhne, die sich meist über dem gezahlten Durchschnitt bewegen und auch bei Gewerbebetriebslagen anschlagegebend sind. Sie betragen pro Stunde für Maurer 80 bis 86 Centimes, Bauhilfsarbeiter 50, Schreiner 80, Parkettleger 90, Stuckateur 80, Zimmerer 90, Ofenseher 84, Sanftemarbeiter 85, Warmarbeiter 85 Cent. usw. Die Löhne sind durchschnittlich bei den gelehrten Arbeitern auf 80 bis 90 Cent. und bei den Hilfsarbeitern auf 50 bis 60 Cent. festgesetzt. Einzelne Kategorien wie die Steinmetzen, die 120 Proc. bekommen, sind noch besser entlohnt. Ebenso ist die Arbeitszeit durchschnittlich auf täglich neun Stunden festgesetzt und ist nur in Einzelfällen länger, obwohl allgemein die 10stündige Arbeitszeit üblich ist. Die Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut:

„Die untenbezeichneten Arbeitsbedingungen sind den Unternehmern der Assistance publique durch die Art. 14 und 15 des Gesetzes des allgemeinen Dienstes (neue und Unterhaltungsarbeiten) vorgeschrieben.“

Art. 14. Die Anstellung von Subunternehmern, Kontraktanten und Stützarbeitern ist ausdrücklich untersagt. Die bei den Arbeiten der Assistance publique verwendeten Arbeiter müssen auf direkte Rechnung des gerichtlichen Hauptpflichtigen beschäftigt werden, ohne jede Mittelsperson.

Art. 15. Der gerichtlich Hauptpflichtige ist gehalten, was die Arbeit auf den Bau- und Zimmerplätzen, in den Werkstätten oder auf den Arbeitsstellen, die zur Ausführung der Arbeiten hergerichtet sind, betrifft, folgende Bedingungen zu befolgen:

1. Den Arbeitern oder Angestellten einen wöchentlichen Anzehtag zu sichern.
2. Die Zahl der ausländischen Arbeiter auf ein Zehntel der Gesamtzahl der angestellten Arbeiter jeder Kategorie zu beschränken.
3. Den Arbeitern jedes Berufs und in jedem Beruf jeder Kategorie die in der Architekturserie der Stadt Paris bestimmten Elementarlöhne (Angabe 1882) zu zahlen. Falls der Unternehmer Arbeiter beschäftigt, die durch ihre Körperbeschaffenheit in ein Verhältnis wörtlicher Minderwertigkeit gegen Arbeiter derselben Kategorie gestellt sind, kann er sie ausnahmsweise zu einem höchstens zu einem Fünftel der genannten Serienlöhne reduzierten Lohn beschäftigen. Die Zahl dieser Arbeiter darf in keinem Fall ein Fünftel der Gesamtzahl der betreffenden Arbeiterkategorie überschreiten.

Wenn die Verwaltung eine Differenz zwischen den nach vorstehenden Bestimmungen gebührenden und den tatsächlich den Arbeitern gezahlten Löhnen konstatiert, wird sie mittelst eines Abzuges von der den Unternehmern zustehenden Summe oder auf seine Kaution, die überdorteliten Arbeiter entschädigen.

4. Beschränkung der täglichen Arbeitszeit entsprechend der diesbezüglichen Serie von 1882. Im Falle der unbedingten Notwendigkeit kann der Unternehmer mit besonderer Erlaubnis der Verwaltung von dieser Bestimmung befreit werden. Die so gemachten Ueberstunden werden um ein Fünftel der oben bezeichneten Normallöhne höher entlohnt.

**Malerarbeiten.** Die Verwendung von Kleinteil ist ausdrücklich verboten.

Die Arbeiter sind gehalten, ihre Reklamationen, die sie bezüglich der Nichtbeachtung dieser Bestimmungen zu machen haben, an den zuständigen Vorgesetzten oder an den zuständigen Vorgesetzten zu richten. Die Reklamationen sind in demselben Augenblicke zu überlegen.

Diese Bekanntmachung wird in allen Etablissements und Bauplätzen der Assistance publique angehängt.

**Ein außerordentlicher Kongreß der Gewerkschaften Oesterreichs** wird für die Zeit vom 8.—10. Dezember dieses Jahres in Wien einberufen. Die Veranlassung hierzu bilden die zwischen den beiden Kommissionen in Wien und Prag entstandenen Differenzen. Die Prager Gewerkschaftskommission hat nämlich ein Programm aufgestellt, dessen Realisierung nichts weniger als die Vernichtung der Gewerkschaften zur Folge haben würde. An Stelle der einheitlich organisierten Gewerkschaften sollen Nationalverbände treten. Die Schwierigkeiten, die in der österreichischen Arbeiterbewegung durch die dort herrschende Dialektalität entstehen, will die Prager Kommission dadurch beseitigen, daß sie die jetzt bestehenden Reichsverbände in solche nach Nationalitäten getrennte zerstückeln will. Die Wiener Reichskommission der Gewerkschaften Oesterreichs warnt vor diesem folgenschweren Schritt, der nur dem Unternehmertum nützen kann und gibt, wie es in einem Aufruf heißt, die Hoffnung vorläufig noch nicht auf, daß es gelingen werde, auf dem Kongreß eine Verständigung zu erzielen. Allerdings ist ein solcher Versuch schon auf einer am 15. Oktober in Brünn abgehaltenen Konferenz, an der sämtliche Mitglieder der beiden Kommissionen teilnahmen, gemacht worden, ohne aber zu einem Ergebnis zu führen. Auf dem Kongreß werden aber die Zentralverbände selbst auch ein Wort mitzureden haben. Die Tagesordnung lautet: Die Differenzen zwischen den beiden Kommissionen in Wien und Prag, sowie das Verhältnis beider Kommissionen zu den Zentralverbänden in Oesterreich. Organisationsmittel mit weniger als 500 Mitgliedern haben das Recht, einen Delegierten zu entsenden, bei weniger als 1000 zwei, bei mehr als 1000 drei, für jede weitere 500 Mitglieder einen weiteren Delegierten. Die Annahme der Delegierten hat bis 1. Dezember zu erfolgen und zwar an das Sekretariat der Gewerkschaftskommission Oesterreichs, Wien VI.

**Schweiz.** Gegen die „direkte Aktion“ hat der Schweiz. Typographenbund in seiner Delegiertenversammlung am 22. Oktober Stellung genommen. Nicht durch die direkte Aktion, heißt es in der zur Annahme gelangten Resolution, sondern nur durch eine beständige, praktische Organisationsarbeit eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden kann. Der Schweizerische Typographenbund hält daher an seiner alten, bewährten Taktik fest, im Vereinhalten, daß dies allein der richtige Weg ist, welcher zunächst zum Achtstundentag und schließlich zur wirklichen Volksfreiheit führt. Heute die „direkte Aktion“ ernsthaft propagieren, hieße nichts anderes, als was durch jahrzehntelange, mühselige

und opfervolle Arbeit aufgebaut wurde, in einem einzigen Augenblick mutwillig aufs Spiel setzen. Unsere Arbeiterorganisation darf es sich nicht gestatten, ihre Zeit mit der Verfolgung aussichtsloser Probleme zu verlieren, sondern sie muß ihre ganze Tätigkeit darauf richten, die Arbeiter durch eine planmäßige und unermüdbare Agitation zu sammeln und zu einigen. Unter den bestehenden Verhältnissen würde durch die „direkte Aktion“ nicht der Arbeiterorganisation, sondern deren Gegner ein Dienst erwiesen werden. — Ganz unsere Meinung.

**Schweiz.** In St. Gallen verfügte die Regierung das Verbot der Verwendung von Bleiweiß für den ganzen Kanton.

## Verschiedenes.

**Gifthalige Tapeten und Borden.** Auf Anregung der Filiale Breslau deutscher Tapezierer unternimmt dieser Verband zurzeit Ermittlungen nach Tapeten und Borden, die leicht färben, sehr säuben oder die während der Verarbeitung Zeichen von Giftigkeit nachweisen, d. h. deren Verarbeitung Unwohlsein, stechenden Kopfschmerz, Erbrechen sowie völlige Vergiftung hervorruft. Weiter werden zur heutigen Tapetenfabrikation nachweislich ohne Rücksicht auf das Leben und die Gesundheit der in Frage kommenden Personen Arsenik, Blei, Kupfer usw. verwendet. Der Verband bittet daher alle Meister und Gehilfen, Proben derartiger Tapeten nebst Angaben über Verarbeitung und Folgen sowie überhaupt Meldungen von Unfällen, die oben angeführte Wahrnehmungen berühren, baldmöglichst mitzuteilen, damit weitere Schritte unternommen werden können. Diesbezügliche Meldungen und Sendungen von Tapetenproben sind zu schicken an Albert Bach, Breslau 9, Kleine Fürststr. 21.

**Deutsche Heimarbeit-Ausstellung in Berlin.** Die gemeinsam von bürgerlichen Sozialpolitikern unter Führung des Büreaus für Sozialpolitik und von Vertretern der Arbeiterorganisationen (freien Gewerkschaften, deutschen Gewerbevereinen, christlichen Gewerkschaften) betriebenen Vorarbeiten sind soweit gediehen, daß die Veranstaltung der Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit und Hausindustrie für Mitte Januar (17. Januar) bis Ende Februar nächsten Jahres feststeht, und zwar in mehreren geräumigen Sälen der alten Kunstakademie, Unter den Linden Nr. 38. Es ist beabsichtigt, ein möglichst vollständiges Bild der gesamten deutschen Heimarbeit durch Vorführung ihrer Erzeugnisse in vier Hauptgruppen: Metall, Holz, Bekleidung, Lebens- und Genussmittel, mit zahlreichen Unterabteilungen zu geben. Dabei sollen die Waren mit Angaben über die Arbeitszeit und die Lohnhöhe versehen werden. Literarische Hilfsmittel, Vorträge und bildliche Darstellungen werden zu weiterer Erläuterung herangezogen. Geschäftsstelle ist bis auf weiteres das Bureau für Sozialpolitik, Berlin W. 30, Rollendammstr. 29/30.

## Literarisches.

Bei dem regen Interesse, das die deutschen Arbeiter den Ereignissen in Rußland entgegenbringen, wollen wir unsere Leser daran erinnern, daß in der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen illustrierten Unterhaltungschrift „In freien Stunden“ ein Roman erscheint, der sich mit Rußlands Zuständen befaßt. Es ist dies Jules Verne's „Der Kurier des Zaren“. Wir machen unsere Leser auf die wöchentlich erscheinende Romanbibliothek besonders aufmerksam, die außerdem noch den sehr spannenden und interessant geführten Roman von Otto Karpus „Das Vermächtnis des Behlers“ und andere kleine Schülberungen und Erzählungen interessanter und belehrender Art bringt. Soeben ist Heft 43 erschienen; die Hefte sind durch alle Parteibuchhandlungen zum Preise von 10 S. zu beziehen.

Wollt den zweiten Band der „Hohenzofern“-Reihe in 10 Hefen zu 10 S. beziehen. Wir haben die Reihe „In freien Stunden“ und erlauben uns, die Reihe „In freien Stunden“ zu empfehlen. Das im Heft 29 beginnende 13. Kapitel: „Ueberwindung des Absolutismus“ hat folgenden Inhalt: 1. Die Eroberung Schlesiens. — Dynastisches oder politisch-wirtschaftliches Interesse? — In jedem Hofe anders sprechen. — Das Bekenntnis zum Ehrgeiz. — Der erste Sieg. — Bündnis mit Frankreich. — Zweifacher Bruch des Bündnisses und Sonderfriede mit Oesterreich. — 2. Die resignierte Stimmung. — Neue Gefahr und neuer Vorstoß. — Ein unglücklicher Feldzug. — Drei Siege. — Die russische Gefahr. — Der neue Friede. — Gute Vorläufe für die Zukunft. — 3. Wirtschaftspflege. — Beteiligung des Adels an der Wente des Absolutismus. — Monopolisierung der oberen Verwaltung für die Junker. — Kampf um die Bauern. — 4. Kabinettsregierung. — Der König als Lobredner der Republik. — 5. Das fiskalische Regiment. — Die persönliche Philosphie des Königs. — Aufklärungsverbote. — Forderung der Sitten in der herrschenden Gesellschaft. — Die Hefte sind zum Preise von 20 S. durch jede Parteibuchhandlung zu beziehen. Die bereits erschienenen Hefte können nachbezogen werden.

**Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde und Familie.** Herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten von Em. Wurm. Mit 10 Tafeln und 134 in den Text gedruckten Abbildungen. 824 Seiten. Preis gut gebunden 4 M. Stuttgart, Verlag von J. F. W. Diez Nachf. In Arbeitertreffen werden seit Jahren eine Reihe von Gesundheitsschutzbüchern verbreitet, die nicht nur sehr teuer — beispielsweise kosten Bülz 22.50 M., Platen 22.50 M. — sondern auch für den Laien durchaus ungeeignet sind. Der rühmlichst bekannte Verlag von J. F. W. Diez Nachf. hat nun, um diesem Uebelstand abzuhelfen, den Genossen Em. Wurm mit der Herausgabe eines solchen Gesundheitslehrbuches beauftragt, das allen Anforderungen, die ein Arbeiter an ein solches Buch billigerweise stellen kann, entspricht. Dieses Buch, Wurms Gesundheitsschutz, ist denn auch von der sachmännischen Presse außerordentlich gut aufgenommen worden. Es kann als ein vorzüglicher ärztlicher Ratgeber im Hause gelten und ist bei sehr guter Ausstattung um 100 bis 500 Prozent billiger als hiesige Konkurrenzwerke. Wir können dieses Buch, von dem jetzt eine zweite Auflage zu dem außerordentlich billigen Preis von 4 M. hergestellt worden ist, allen Kollegen nur wärmstens empfehlen.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Ely Braun Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 S., pro Monat 40 S., pro Vierteljahr 1.20. Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert ist soeben das 33. Heft erschienen.